

01. 02. 91

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung**über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung
am 28. und 29. November 1990 in London.**

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre 36. Jahrestagung vom 25. bis 30. November in London ab. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation

Abg. Roland Becker (CDU/CSU)
Abg. Klaus Francke (CDU/CSU)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Karl-August Kamilli (SPD)
Abg. Dieter Koch (CDU/CSU)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Dr. Max Kunz (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Alfred Mecktersheimer (Die Grünen)
Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)
Abg. Peter Petersen (CDU/CSU)
Abg. Uwe Ronneburger (FDP)
Abg. Brigitte Schulte (SPD)
Abg. Ursula Seiler-Albring (FDP)
Abg. Dr. Klaus-Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (SPD)
Abg. Peter Würtz (SPD)

Bundesrat

Senator Volker Kröning (SPD) Bremen, stellvertretender Leiter der Delegation
Minister Prof. Dr. Hans-Peter Bull (SPD), Schleswig-Holstein
Staatsminister Rudi Geil (CDU), Rheinland-Pfalz
Senator Horst Gobrecht (SPD), Hamburg

Übersicht der Tagung

Die 36. Jahrestagung wurde am 28. November 1990 mit einer Ansprache des scheidenden Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Patrick Duffy** (Vereinigtes Königreich), in Westminster Hall eröffnet. Er betonte in seinen Begrüßungsworten den rapiden Wandel, der sich gegenwärtig in Europa und in der Welt vollziehe, und die entscheidende Rolle, die die Allianz dabei gespielt habe. Die Parlamentarier der westlichen Demokratien hätten dazu ihren eigenen Beitrag geleistet, indem sie geholfen hätten, zu den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa Brücken zu bauen.

Auch der britische Verteidigungsminister **Tom King**, der die Teilnehmer der Jahrestagung im Namen der britischen Regierung begrüßte, stellte die weitere Notwendigkeit einer effektiven Allianz, die sich neuen geopolitischen Herausforderungen stellen müsse, in den Vordergrund seiner Ausführungen. Das Ende der militärischen Blöcke in Europa und neue regionale Konfliktherde machten die Erarbeitung neuer Strategien, die Übernahme zusätzlicher Verantwortung und neue Formen der Kooperation erforderlich.

Die Ausschüsse tagten am 26. und 27. November 1990.

Am 29. November 1990 fand die Plenarsitzung mit einer Debatte zu den Themen „Neue regionale Zuständigkeiten für ein Bündnis im Wandel“ und „Schaffung einer Versammlung von Parlamentariern aus den Mitgliedstaaten der KSZE“ statt.

Abg. **Duffy** (Vereinigtes Königreich) brachte die Plenarresolution über „Neue regionale Zuständigkeiten für ein Bündnis im Wandel“ ein. Er hob hervor, daß es für die Allianz nach der Überwindung der Teilung Europas nun darauf ankomme, einen aktiven Part für die Schaffung eines neuen und stabilen Europas zu spielen. Es sei unabdingbar, die Kollegen in den

osteuropäischen Staaten bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen. Sicherheit sei nur auf kooperativer Grundlage möglich. Zugleich erforderten aber auch Entwicklungen außerhalb Europas, wie die Golfkrise, volle Aufmerksamkeit. Zusammenhalt und Solidarität müsse Priorität zukommen. In Anbetracht neuer Risiken und Verwundbarkeiten müsse die Allianz eine aktivere Rolle als bisher übernehmen. Duffy betonte, daß durch die Golfkrise europäische Interessen direkt berührt seien; die größte Gefahr liege aber in der Bedrohung des Zusammenhalts der Allianz in einem Moment, wo Einigkeit mehr denn je gefragt sei. Dies müsse um jeden Preis verhindert werden, und deshalb müsse die Allianz aktiv und positiv neue regionale Zuständigkeiten übernehmen.

Abg. **Fascell** (Vereinigte Staaten) erläuterte sodann den Entschließungsantrag betreffend die „Schaffung einer Versammlung von Parlamentariern aus den Mitgliedstaaten der KSZE“, dessen Einbringung der Ständige Ausschuß beschlossen hatte. Er äußerte die Ansicht, daß es die gegenwärtige Phase des Überganges wert sei, neue Ideen zu entwickeln, wie z. B. die Schaffung eines parlamentarischen Gremiums der KSZE-Staaten. Dies werfe jedoch auch Fragen im Hinblick auf das Verhältnis zu bereits existierenden Gremien auf, wie z. B. dem Europarat und der Nordatlantischen Versammlung; hier stehe man erst am Anfang der Diskussion. Die Nordatlantische Versammlung, die sich den Ruf einer wirksamen interparlamentarischen Organisation verschafft habe, solle jedoch weiterhin die Funktion eines zentralen Forums für Aspekte der Sicherheit und der Entwicklung demokratischer Gesellschaften ausüben.

In der sich anschließenden gemeinsamen Debatte ergriff zunächst der Leiter der deutschen Delegation, Abg. Prof. Dr. **Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) das Wort. Er äußerte seine Freude über das Privileg, auf seiner letzten NAV-Sitzung als erster Redner sprechen zu dürfen. Er führte aus, daß die NATO eine sehr erfolgreiche Allianz sei, die ihre Ziele erreicht habe, ohne militärische Mittel eingesetzt zu haben. Vor einem Jahr noch seien die Geschehnisse der letzten Monate undenkbar gewesen. Die schmerzhafteste Teilung Europas und speziell Deutschlands seien nunmehr fast überwunden. Ohne die NATO wäre dies nicht möglich gewesen. Dennoch sei die Allianz jetzt nicht überflüssig geworden; sie bleibe Garant der Sicherheit und Ordnung in Europa. Die NATO stehe nunmehr neuen Herausforderungen gegenüber. Verschwunden sei die Gefahr im Zentrum Europas, neue Bedrohungen entstünden aber an den Flanken des Bündnisses, besonders an dessen südlicher Seite. Der Streit um Ressourcen und Waffenlieferungen sei ein Problem, mit dem sich die Allianz in Zukunft verstärkt beschäftigen müsse.

Eine nur militärische Allianz im klassischen Sinne sei die NATO nie gewesen. Sie sei immer auch eine Organisation mit wirtschaftlichen und politischen Optionen gewesen, und genau als solche sei sie jetzt gefragt.

Als Sprecher der deutschen Delegation könne er sagen, daß dies eine sehr gute Konferenz gewesen sei. Zum ersten Male gehörten der Delegation Abgeordnete aus beiden Teilen Deutschlands an, die ein vereintes Deutschland repräsentierten. Für den Leiter ei-

ner deutschen Delegation könne es keinen glücklicheren Moment geben, um sich von der Versammlung zu verabschieden. Es sei ein großes Privileg, so viele Jahre an Konferenzen und Diskussionen teilgenommen zu haben, wofür er sich bei allen bedanken wolle. Deutschland stehe im Zusammenhang mit der Vereinigung vor schwierigen Aufgaben, deren Bewältigung große Anstrengungen erforderten. Es werde sich aber weiter seiner Verantwortung gegenüber der Allianz bewußt sein und in seinem Engagement für das Bündnis nicht nachlassen.

Senator **Orlando** (Italien) hob hervor, daß der Pariser KSZE-Gipfel einen historischen Wendepunkt darstelle. Helsinki I habe die Koexistenz ideologisch entgegengesetzter Systeme bedeutet. Helsinki II werde ein Forum für Systeme sein, die die gleichen Wertvorstellungen teilten. Die NATO sei ein Garant für die Helsinki-Ziele, unabhängig davon, daß ein potentieller Gegner weggefallen sei. Angesichts neuer Instabilitäten in Osteuropa und in der Nah-Ost-Region stehe der KSZE-Prozeß vor einer wichtigen Bewährungsprobe.

Senator Orlando schlug vor, daß der Westen eine Charta für nationale Minderheiten fördern solle, die den von Desintegration und ethnischen Konflikten bedrohten Ländern helfen könne.

Abg. **Hicks** (Kanada) wies auf die bittere Ironie der Geschichte hin, daß gerade zu einer Zeit, die einen vielversprechenden Wandel erlebe, die Welt in der Nah-Ost-Region vor einem Konflikt nie dagewesenen Ausmaßes stehe. Die Tatsache, daß auch die Sowjetunion hinter der multinationalen Streitmacht gegen die irakische Aggression stehe, sei ein weiterer Beweis für die Beendigung des kalten Krieges. Auf dem Spiel stehe jetzt mehr als nur Kuwait, es gehe um die Fähigkeit der Allianz, Frieden und Sicherheit durch effektive und gemeinsame Maßnahmen zu gewährleisten.

Der Abg. **Yavuztürk** (Türkei) betonte, daß nach einer langen Phase der Konfrontation nun die Zeit der Zusammenarbeit angebrochen sei. Auch die Sowjetunion habe sich nicht mehr der Einsicht verschließen können, daß Sicherheitsinteressen nur kooperativ gewahrt werden könnten. Da die UdSSR aber eine militärische Supermacht bleibe, sei ein intaktes Bündnis nicht nur für ein Land, das direkt an die Sowjetunion angrenze, weiterhin notwendig.

Abg. **Grelsich** (Luxemburg) erinnerte an die Ergebnisse des Londoner NATO-Treffens und den Pariser KSZE-Gipfel in diesem Jahr, die in entscheidender Weise dazu beitrügen, das gemeinsame europäische Haus zu formen. Dies werde auch Auswirkungen auf die Strategie der NATO haben. Eine globale Rolle werde die Allianz künftig bei der Unterstützung von Beschlüssen der UNO übernehmen können, wie dies gegenwärtig bei der Golfkrise sichtbar werde.

Abg. **Moya** (Spanien) begrüßte Vorschläge, die auf eine stärkere Berücksichtigung der Mittelmeerstaaten im KSZE-Prozeß hinausliefen. Im Hinblick auf ein eventuelles Tätigwerden der Allianz außerhalb des Vertragsgebietes äußerte Moya die Ansicht, daß dies zu Spannungen und letztlich zur Schwächung des Bündnisses führen würde. Die Golfkrise zeige, daß

Bedrohungen der internationalen Stabilität auch im UNO-Rahmen wirksam begegnet werden könnte.

Abg. **Frinking** (Niederlande) hob hervor, daß nicht nur die NATO, sondern auch andere supranationale Organisationen zur Befassung mit regionalen Konflikten kompetent seien. Der NATO-Vertrag solle deshalb nicht geändert werden, weil dies das Bündnis auseinanderdividieren würde. Wollten einzelne NATO-Staaten darüber hinausgehende Verantwortung übernehmen, könnten sie dies im Rahmen der WEU auf der Basis von Ad-hoc-Beschlüssen tun.

Für Abg. **Frau Bosterud** (Norwegen) bleibt die NATO auch angesichts des Wandels in Europa als politische und militärische Organisation notwendig. Es sei nunmehr Zeit, die Verhandlungen über den Abbau der konventionellen Streitkräfte auch auf vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrollmaßnahmen auf See auszudehnen. Die Abgeordnete sprach sich für eine stärkere politische Rolle des Bündnisses bei regionalen Konflikten aus, weil dort leichter als bei militärischem Engagement ein Konsens zu erzielen sei.

Abg. **Chauveau** (Frankreich) führte aus, daß zur Unterstützung und Sicherung der demokratischen Entwicklungen in Osteuropa konkrete Hilfen des Westens, nicht nur finanzieller Art, gefordert seien. In der Golfkrise müßten zunächst kompetente regionale Organisationen, wie z. B. die Arabische Liga, Verantwortung übernehmen. Da die Interessen der gesamten Völkergemeinschaft auf dem Spiel stünden, dürfe es keine Rivalität zwischen verschiedenen Organisationen geben.

Abg. **Verivakis** (Griechenland) hob hervor, daß die alte Ordnung in Europa noch nicht ganz verschwunden und die neue noch nicht in vollem Maße gegenwärtig sei. In dieser Phase des Überganges markierten der Londoner NATO-Gipfel und die Pariser KSZE-Konferenz in diesem Jahr wichtige Wendepunkte. Der Abgeordnete beklagte im Hinblick auf die Golfkrise die Nichtbeachtung von UNO-Beschlüssen und erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Zypern-Problematik.

Der türkische Vizepräsident der Versammlung forderte den Abg. **Verivakis** auf, nicht zu seiner Ansicht nach abseits des Themas liegenden Punkten zu sprechen.

Abg. Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, daß es sich bei der NATO um das erfolgreichste Bündnis der Geschichte handle. Sie sei nicht nur eine Militärorganisation, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Um den neuen Aufgaben für den Weltfrieden gerecht zu werden, sollte die Allianz auf Australien, Japan und – so hoffe er – in nicht all zu ferner Zukunft auf die Sowjetunion ausgedehnt werden.

Abg. **Harmegnies** (Belgien) äußerte die Überzeugung, daß KSZE und EG im Verhältnis zur NATO größere Bedeutung für Frieden und Stabilität gewinnen würden. Er warnte davor, NATO-Kompetenzen durch Neuinterpretation der Verträge auszudehnen. Die NATO müsse nicht die Sicherheit der ganzen Welt

garantieren. Dafür seien andere Organisationen wie die UNO besser berufen.

Abg. **Eiriksson** (Island) erinnerte die Abgeordneten daran, daß der Irak vor allem mit in NATO-Ländern hergestellten modernen Waffen hoch gerüstet sei. Zudem habe der Irak im Krieg gegen den Iran viele von westlichen Ländern noch an den Schah gelieferte Waffen erobert, die nun westliche Soldaten bedrohten. Irakische Piloten seien in westlichen Ländern ausgebildet worden. Der Abgeordnete beklagte die hier sichtbare Doppelmoral der westlichen Länder und mahnte eine Änderung der Waffenlieferungspraxis an.

Abg. **Sciacca** (Australien) bedankte sich für die Gelegenheit, zur Versammlung sprechen zu dürfen. Er hob die politischen, geschichtlichen und kulturellen Bindungen Australiens zu den NATO-Ländern hervor und betonte die Verantwortung der westlichen Länder für die wirtschaftliche Prosperität der Welt. Sciacca forderte dazu auf, die Antarktis zu einem Weltnaturpark zu machen.

Abg. **Gloushkov** (Bulgarien) zeigte sich über die beiden Resolutionsentwürfe erfreut und erklärte die Bereitschaft der bulgarischen Parlamentarier, nach dem Vorbild der Versammlung des Europarates an der Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE-Staaten mitzuarbeiten. Er dankte für die Möglichkeit, in der NAV den assoziierten Status zu erhalten.

Abg. **Nagano** (Japan) würdigte die Arbeit der NATO, die Stabilität auch außerhalb Europas gewährleistet habe und auch in Zukunft sicherstellen werde. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa, Nordamerika und Japan müsse ausgebaut werden. Er erwähnte, daß sich Japan nicht nur finanziell und materiell, sondern auch durch ein Truppenkontingent in der Golfkrise engagiere.

Abg. **Dornbach** (Ungarn) bedankte sich für die Möglichkeit, in Zukunft an der Arbeit der NAV teilnehmen zu können. Besorgt sei er über Zeichen der Instabilität in den osteuropäischen Ländern, wie ethnische Konflikte und Armutswanderungen, die große Probleme auch für die westeuropäischen Länder bringen könnten. Hier seien gemeinsame Anstrengungen notwendig; nicht Barmherzigkeit, sondern Hilfe zur Selbsthilfe bräuchten die osteuropäischen Länder.

Abg. **Koschnick** (Bundesrepublik Deutschland) äußerte seine Wertschätzung für die Arbeit der Nordatlantischen Versammlung und speziell des Vorsitzenden Duffy und sprach diesem seinen Dank aus. Zugleich müsse er aber erklären, daß die deutsche Delegation der Resolution 297 nicht zustimmen könne. Parlament und Regierung in Deutschland seien an die Verfassung gebunden, die einen „out-of-area“-Einsatz nicht zulasse. Der NATO, auf die in Europa neue Aufgaben zukämen, sollten keine zusätzlichen Lasten aufgebürdet werden. Die Integration der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und damit in die NATO, die Chancen auf enge Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn, der CSFR und anderen Staaten sollten der NATO für die nächsten Jahre genug Aktivität bringen und deren inneren Zusammenhalt stärken. In Deutschland werde diese Problematik im Parlament

mit dem Ziel einer Stärkung der UNO und des Sicherheitsrates diskutiert werden. Er denke, daß man in schwierigen Zeiten mehr verpflichtet sei, zusammen mit der Völkergemeinschaft zur Sicherheit in der Welt beizutragen, er glaube aber nicht, daß die NATO hierfür das geeignete Gremium sei. Dies sei seine Meinung und die seiner Parteifreunde, im Laufe der parlamentarischen Debatte würde man aber sicher zu Präzisierungen kommen.

Persönlich wolle er schließlich anmerken, daß die NATO als Verteidigungsorganisation westlicher Industrieländer gegen Bedrohungen östlicher Industrieländer gegründet worden sei, zur Verteidigung der Freiheit im Ost-West-Konflikt, zwischen Kommunismus und Demokratie. Eine Umformung der NATO in ein Instrument der Industriestaaten zur Lösung von Konflikten im Süden der Welt wäre eine völlige Umkehrung der ursprünglichen Intentionen. Es sei nicht Aufgabe der reichen Nationen allein, für Stabilität auf der Welt zu sorgen. Deshalb müsse die UNO gestärkt werden.

Abg. **Herrero** (Spanien) sprach sich ebenfalls für eine Beschränkung der NATO-Aufgaben auf das Vertragsgebiet aus. Dies sei jahrzehntelang so praktiziert worden und genau in dieser Selbstbeschränkung habe der Erfolg des Bündnisses gelegen.

Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) befürwortete, daß die NATO als militärisches und politisches Bündnis trotz der Auflösung des Warschauer Vertrages fortbestehen bleiben solle. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sollten sich in Zukunft verstärkt an der Arbeit der NAV beteiligen. Dies würde die Diskussionen bereichern und zu einem größeren Konsens auf sicherheitspolitischem Gebiet führen.

Abg. **Tremaglia** (Italien) forderte dazu auf, nationale Traditionen und Identitäten in Europa innerhalb gerechter Grenzen zu ermutigen, warnte aber gleichzeitig vor der Gefahr neuer Instabilitäten. Er setzte sich für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Mittelmeerraum ein, die auch auf afrikanische Vorstellungen eingehen könne.

Abg. **Korakas** (Griechenland) wies auf den globalen Charakter vieler Probleme hin und setzte sich für eine stärkere Rolle der UNO ein. Er warnte vor einer militärischen Aktion gegen den Irak, weil dies zu einer weltweiten islamischen Solidarisierung führen würde, und sprach sich statt dessen für politische und wirtschaftliche Maßnahmen aus.

Abg. **van Traa** (Niederlande) äußerte die Ansicht, daß ein „out-of-area“-Einsatz der NATO nur im Rahmen eines UNO-Mandats erfolgen könne. Zuvor müßten alle nichtmilitärischen Mittel ausgeschöpft werden.

Abg. Sir **Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) sprach sich ebenfalls für den Fortbestand des NATO-Verteidigungskonzeptes aus und forderte dazu auf, dieses den gewandelten Aufgaben anzupassen. Da eine eigene Verteidigungspolitik der EG noch in weiter Zukunft liege, gehe es jetzt darum, die Verteidigungspolitiken der europäischen Länder besser und effektiver zu koordinieren.

Abg. **Bersuter** (USA) hob die Bedeutung effektiver Seestreitkräfte und die Sicherung der Seewege ge-

rade für das Nordatlantische Bündnis hervor. Ohne funktionierende Seestreitkräfte und Transportwege auf dem Meer hätte nicht so überzeugend auf die Herausforderungen am Golf geantwortet werden können. Dies müsse auch bei künftigen Rüstungskontrollverhandlungen berücksichtigt werden.

Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland) erinnerte daran, daß mit der Überwindung der Spaltung in Europa ein Traum in Erfüllung gehe, dessen Realisierung die NATO garantiert habe. Er dankte den Alliierten, daß es ohne Krieg möglich gewesen sei, den deutschen Traum von der Einheit zu verwirklichen.

Als weiterhin unverzichtbare, einzig funktionierende kollektive Sicherheits- und Verteidigungsstruktur, die Stabilität gewährleisten könnte und praktizierte Partnerschaft und Wertegemeinschaft 16 souveräner und demokratischer Nationen beiderseits des Atlantiks bezeichnete der Generalsekretär der NATO und Vorsitzende des Nordatlantik-Rates, Dr. Manfred **Wörner**, die NATO in seiner Grußansprache. Das Ende des kalten Krieges und der Erfolg des Pariser KSZE-Gipfels hätten die Allianz ihren Ursprungszielen nähergebracht, dennoch sei es bis zu einem freien, blühenden und sicheren Europa noch ein langer Weg mit neuen Herausforderungen, die bewältigt werden müßten. Solange künftige Risiken nicht genau kalkuliert werden könnten, sei die NATO die beste Versicherung gegen jede Art von Ungewißheit. Wörner betonte, daß die NATO mit der KSZE für die Alltagsarbeit dynamische wechselseitige Beziehungen entwickeln wolle, warnte jedoch davor, allein in der KSZE das Instrument zu sehen, das Stabilität und Sicherheit gewährleisten könne; dies könne nur die kollektive Sicherheitsstruktur der Allianz. Wörner äußerte sich besorgt darüber, daß Wohlstandsgrenzen nationale Tendenzen und ethnische Konflikte verschärfen könnten. Er wies darauf hin, daß die Sowjetunion trotz ihres Interesses an stabilen und friedlichen Beziehungen mit den westlichen Nationen eine militärische Supermacht bleibe, die ein Gegengewicht benötige. Im Hinblick auf die Golfkrise vertrat Wörner den Standpunkt, daß Bedrohungen der territorialen Integrität der NATO von außerhalb Europas nicht als „out-of-area“-Bedrohung heruntergespielt werden dürften. Vielmehr müßten derartige Risiken in die Verteidigungsplanung der Allianz einbezogen werden.

Abschließend würdigte Wörner die Arbeit der Nordatlantischen Versammlung, insbesondere die Berichte und die vertieften Diskussionen der Arbeitsgruppen. Wörner zeigte sich überzeugt, daß eine parlamentarische Versammlung der KSZE die professionellen Beiträge der Nordatlantischen Versammlung zu würdigen wissen werde.

Auf die Frage des Abg. **van Traa** (Niederlande), ob die veränderte geopolitische Situation nicht mit der Aufgabe der Strategie der Vorneverteidigung einhergehen müsse, antwortete Wörner, daß die Strategieüberarbeitung voranschreite; das Konzept der Vorneverteidigung im herkömmlichen Sinne werde verändert, das Prinzip, möglichst weit vorne zu verteidigen, bleibe aber.

Abg. **Lello** (Portugal) wollte wissen, welche Rolle Kurzstreckenraketen in Zukunft spielten und wann gegebenenfalls darüber verhandelt werde. Der Generalsekretär führte hierzu aus, daß in Zukunft auf Nuklearartillerie weitgehend verzichtet werden könne, ein völliger Abbau aber nicht möglich sein werde. Er gehe davon aus, daß im nächsten Jahr die Verhandlungen begännen.

Senator **Boffa** (Italien) richtete an Wörner die Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Maße Gladio-Stellen im NATO-Rahmen operiert hätten, wer verantwortlich für die Führung der Gladio-Mitarbeiter gewesen sei, und ob diese Organe in einem gewandelten NATO-System verschwinden könnten. Der Generalsekretär äußerte hierzu, daß es Tradition in der NATO sei, derartige Dinge nicht in der Öffentlichkeit zu besprechen. Gleichwohl habe man aber nichts zu verstecken, in erster Linie verantwortlich seien aber die Mitgliedstaaten der NATO.

Der polnische Außenminister Krzysztof **Skubiszewski** hob die Schlüsselrolle seines Landes in dessen geopolitischer Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion hervor. Diese Situation habe in der Vergangenheit oft zum Nachteil Polens geführt, er hoffe nun aber, daß sie sich in einem gewandelten Europa zum Vorteil Polens und Europas als Ganzem entwickle. Das Warschauer Bündnissystem habe de-facto aufgehört zu existieren; dies werde seiner Ansicht nach jedoch nicht zu einem sicherheitspolitischen Vakuum führen. Skubiszewski sprach sich in diesem Zusammenhang dagegen aus, in Europa neutrale oder Pufferzonen zu schaffen, weil diese ihrer Natur nach dazu tendierten, Gegenstand von externen Einflußversuchen und Rivalitäten zu sein. Europas Sicherheit müsse vielmehr als Ganzes konzipiert werden, was bilaterale Vereinbarungen aber einschließe. Als Beispiel für derartige bilaterale Verträge hob der polnische Außenminister den deutsch-polnischen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft hervor. Polen beabsichtige, mit der Sowjetunion und Frankreich ähnliche Verträge zu schließen. Gehe es in einer ersten Phase vor allem darum, Spannungen durch verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten abzubauen, so müsse sich Europa langfristig in ein kollektives Verteidigungssystem gegen Bedrohungen von außen wandeln. Skubiszewski würdigte die Rolle, die die Allianz für den KSZE-Prozeß spiele und sprach sich gegen deutsch-sowjetische Sonderbeziehungen aus.

Der Oppositionsführer im britischen Unterhaus, Neil **Kinnock**, begrüßte, daß die NATO den Wandel in Zentral- und Osteuropa nicht passiv verfolgt, sondern aktiv gefördert habe. Das Schlußdokument des Pariser KSZE-Gipfels bringe diese Entwicklung zum Ausdruck und bilde den Rahmen für die zukünftige Sicherheit in Europa. Nun gelte es, durch praktische Zusammenarbeit auf allen Ebenen, insbesondere auf dem Gebiet der ökonomischen Entwicklung, die Dauerhaftigkeit dieses Prozesses zu garantieren. Die fortschreitende ökonomische und institutionelle Einigung der europäischen Gemeinschaft gebe hierfür wichtige Impulse. Zugleich seien die Hoffnungen vieler nach einer globalen Friedensordnung, Sicherheit und Zusammenarbeit greifbarer geworden. Der Golfkonflikt und das Zusammenstehen der Völker gegen Saddam

Hussein zeige, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen die Chance bestehe, den Störer dieser kollektiven Ordnung wirksam in die Schranken zu weisen. Die Nordatlantische Allianz habe jahrzehntelang in Europa gemeinsame Verantwortung praktiziert und Erfolg dabei gehabt. Nun zeige sie, daß sie auch neuen Anforderungen gewachsen sei. Ihre Mitgliedstaaten seien bereit, für eine globale Sicherheitsordnung ihren Beitrag zu leisten.

Auf die Frage von Senator **Gianotti** (Italien) nach den zukünftigen Beziehungen zwischen der NATO und der EG erwiderte Kinnock, daß sich die Europäische Gemeinschaft nicht zu einer militärischen Allianz weiterentwickeln dürfe; dies bedeute aber nicht, daß einzelne EG-Staaten in Zukunft keine eigenen Beiträge zur kollektiven Sicherheit leisteten. Die strukturellen Unterschiede zwischen der EG und der NATO würden trotz Überlappungen bleiben.

Der Präsident der tschechoslowakischen Nationalversammlung, Alexander **Dubček** erinnerte in seinen Grußworten an die Parlamentarier an die historischen Ereignisse in der Tschechoslowakei im Jahre 1968. Dubček verwies auf damalige Ziele der Reformer und daß es sich als richtig herausgestellt habe, sich gegen die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten nicht militärisch gewehrt zu haben. Ursache für den friedlichen Wandel in Europa sei die in der Sowjetunion eingeleitete Politik der Perestroika, die es auch den Ländern der früheren sowjetischen Einflußsphäre ermöglicht habe, Umgestaltungen und demokratische Reformen einzuleiten. Dubček zeigte sich besorgt über die wirtschaftliche Krise in der Sowjetunion und warnte vor einem Scheitern der Perestroika, für deren Gelingen letztlich alle Länder mitverantwortlich seien.

Zum Verlauf der Konferenz

An der 36. Jahrestagung nahmen Beobachterdelegationen aus Australien, Bulgarien, der CSFR, Japan, Ungarn, Polen und der UdSSR teil. An der Spitze der CSFR-Delegation stand Parlamentspräsident Alexander Dubček, die sowjetische Beobachtergruppe leitete General Wladimir Lobow.

Die Delegierten trafen folgende Personalentscheidungen:

Zum neuen Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung wurde der amerikanische Abgeordnete **Charles Rose** (Demokrat) mit 87 Stimmen von insgesamt 159 Stimmen gewählt.

Zur Wahl für das Amt des Präsidenten standen zwei Kandidaten zur Verfügung. Neben dem Abg. Rose kandidierte der amerikanische Senator William D. Roth (Republikaner).

Für das Amt eines Vizepräsidenten der Versammlung hatten sich folgende Abgeordnete zur Wahl gestellt:

Robert Hicks	(Kanada)
Sir Geoffrey Johnson Smith	(Vereinigtes Königreich)
Jose Lello	(Portugal)
Rodrigo de Rato	(Spanien)

Gewählt wurden die Abg. Robert Hicks, Sir Geoffrey Johnson Smith und Jose Lello.

Von den Mitgliedern der deutschen Delegation wurde Abgeordneter Karsten D. **Voigt** in seinem Amt als Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit bestätigt und Abgeordneter Lothar **Ibrügger** zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Technik wiedergewählt.

Auf einem Empfang in der historischen Guildhall, den der Lord Mayor von London, Sir Alexander **Graham**, am Abend des 28. November 1990 gab, hob dieser in seinen Begrüßungsworten hervor, daß sich in der Geschichte große politische Wandel immer wieder auch als Perioden der Unsicherheit erwiesen hätten und deshalb neue Vereinbarungen durch geduldige Verhandlungen ausgearbeitet werden müßten. Er zeigte sich überzeugt, daß es der NATO auch in Zukunft gelingen werde, die neuen Herausforderungen zu bestehen.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick **Duffy**, ging in seiner Ansprache an die Gäste auf die führende Rolle Londons als Finanzplatz ein und erinnerte dabei an die wirtschaftlichen Aspekte aller Verteidigungsanstrengungen. Es sei nicht zufällig, daß die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die private Initiativen in Osteuropa ermutigen und finanziell unterstützen soll, ihren Sitz in London haben werde.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte am 26. und 27. November 1990 unter Vorsitz des Abg. Lothar **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland).

Im Mittelpunkt der Ausschußberatungen standen zwei Generalberichte, die vom Generalberichterstatter Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) zu den Themenbereichen „Ozonloch und globale Erwärmung“ und „Umweltprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa“ vorgelegt wurden. Einen Sonderbericht zu „Neue Technologien und Verteidigung“ erstattete der Abg. **Perez-Llorca** (Spanien); einen Zwischenbericht legte der Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) als Berichterstatter des Unterausschusses „Verifikation und Technologie“ vor.

Ausführlich diskutiert wurde der Generalbericht „Ozonloch und globale Erwärmung“, der die gegenwärtigen wissenschaftlichen Positionen beschrieb und Forderungen an die praktische Politik formulierte, wobei besonders auf die hohe Abhängigkeit der Industriestaaten von der Ölversorgung und die Notwendigkeit der Erschließung neuer Energiequellen hingewiesen wurde.

Über den Generalbericht „Umweltprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa“ wurde ebenfalls lebhaft debattiert, wobei erstmals teilnehmende Vertreter aus der CSFR (Abg. **Lux**), Polen (Abg. **Rusocki**) und Ungarn (Abg. **Sipos**) auf die kritische Lage in ihren Ländern hinwiesen und die Bemühungen zur Verbesserung der Situation vorstellten.

Der Ausschuß verabschiedete einstimmig die von Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten

Entschließungstexte zu „Ozonloch und globaler Klimawandel“ und „Verschmutzung in der Sowjetunion und Osteuropa“.

Zu dem vom Abg. **Perez-Llorca** (Spanien) vorgelegten Sonderbericht über „Neue Technologien und Verteidigung“, der sich speziell mit entwicklungsspezifischen Aspekten bei Luftfahrzeugen und Raketen beschäftigte, wurde kontrovers die Frage diskutiert, ob die Wartungs- und Betriebskosten dieser Systeme tendenziell geringer würden, oder ob die Hersteller die tatsächlich hohen Kosten verschleierten; dieses Problem will der Berichterstatter im nächsten Bericht vertiefen.

Der Zwischenbericht des Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) für den Unterausschuß „Verifikation und Technologie“ hatte aktuelle Aspekte der „open-sky“-Politik sowie Fragen militärischer Technologie in einem veränderten strategischen Umfeld zum Gegenstand. Der Berichterstatter äußerte insbesondere die Hoffnung, daß der KSZE-Prozeß den „open-sky“-Verhandlungen neue Impulse verleihe.

Abg. **Lewis** (USA) informierte den Ausschuß über das Projekt „Nationales Weltraum-Flugzeug“ (NASP), die dabei angewandten Technologien und den Entwicklungsstand in anderen Ländern. Der Abg. **Novozhilov**, Flugzeugexperte und Mitglied des Obersten Sowjets der UdSSR, berichtete über die Bemühungen in der Sowjetunion, ein Überschallflugzeug zu entwickeln, und erklärte die Bereitschaft seines Landes, auf diesem Gebiet mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten.

Der Ausschußvorsitzende, Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland), legte den Delegierten ein informelles Papier vor, das die zunehmende Verstopfung des europäischen Luftraumes und die dadurch verursachten Kosten kritisch aufgreift. Spürbare Entlastung könnte der Abzug von ca. 1 Mio. Soldaten und die damit verbundene zivile Nutzung bisher militärisch verwendeter Flugplätze bringen.

Im Ausschuß bestand Einigkeit, daß dieses Thema für die nächste Frühjahrstagung in Rotterdam weiter aufgearbeitet werden solle.

Zum Abschluß der Sitzung wurde der Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) als Ausschußvorsitzender wiedergewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Abg. **Boehlert** (USA) und **Chauly** (Frankreich) gewählt. Generalberichterstatter wird auch in Zukunft Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich) sein.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Die Sitzungen des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit fanden am 26. und 27. November 1990 unter dem Vorsitz von Abg. Karsten D. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) statt.

Der Generalberichterstatter des Ausschusses, Abg. **van Vlijmen** (Niederlande) stellte den Entwurf eines Generalberichtes vor, der sich mit dem veränderten Arbeitsplan des Bündnisses in Sicherheitsfragen befaßt. Ausgehend von der Feststellung, daß die Zeit europäischer Kriege vorbei sei, zeichnete der Generalberichterstatter den Weg zu Integration und Befrie-

dung in Europa. Auf diesem Weg kommt nach seiner Auffassung der Rüstungskontrolle eine herausragende Bedeutung zu. Insbesondere thematisiert werden die strategischen Atomwaffen, die Verteidigungs- und Weltraumwaffen, die Atomtests, chemische Waffen und der Nichtverbreitungs-Vertrag. Aufgrund einer Analyse dieser Entwicklungen wendet sich der Generalberichterstatter neuen Herausforderungen für das Bündnis zu. Als solche erkennt er den weltweiten Waffenhandel, die Kontrolle des Rüstungstransfers und die Aggression des Irak. Auf der Grundlage seines Generalberichtes hat der Generalberichterstatter einen Entschließungsentwurf über Rüstungskontrolle und Rüstungstransfer vorgelegt, der mit einigen Änderungen des Ausschusses dem Plenum der Nordatlantischen Versammlung unterbreitet wurde.

In einem zweiten Bericht befaßte sich der Abg. **Lello** (Portugal) mit der Rüstungszusammenarbeit und der sich verändernden politischen Lage in Europa. Ausgehend von einer Schilderung der Ausgangsbedingungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa untersuchte der Berichterstatter ausführlich die Lastenteilung im Zusammenhang mit der Golf-Krise. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß europäische Verbündete bedeutende Beiträge zu der beispiellosen Kräftekoalition leisteten, die derzeit im Irak im Entstehen begriffen ist.

Der Generalsekretär der Westeuropäischen Union, Willem **van Eekelen** referierte über die Integration europäischer Außen- und Sicherheitspolitik aus der Sicht der WEU. Er sprach die Überzeugung aus, daß man Außen- und Sicherheitspolitik in Europa nicht trennen könne. Es käme darauf an, Sicherheit heutzutage in ihrer europäischen Dimension zu betrachten. Der Referent zeigte sich überzeugt davon, daß die Verteidigungsfunktion in dem neuen Europa verkümmern würde, wenn sie nicht in einen größeren Zusammenhang eingeordnet werde. Das hätte auch unmittelbare Auswirkungen auf die WEU und die NATO.

General John **Galvin**, Oberster Allierter Befehlshaber in Europa, referierte über die Struktur der Streitkräfte und die zukünftigen Aufgaben für den militärisch integrierten Oberbefehl. General Galvin unterstrich, daß die Sowjetunion nach wie vor die größte Militärmacht in Europa sei, aber nicht mehr länger als Feind betrachtet werde. Es gelte, Antworten auf neue Fragen hinsichtlich der Sicherheitsstrukturen der Zukunft zu finden. Dazu seien innerhalb der NATO noch stärkere Kontakte nötig, auch Kontakte von Streitkraft zu Streitkraft. Kommunikation und Dialog nähmen einen immer größeren Stellenwert ein und müßten verstärkt werden. Die Streitkräftestruktur müßte dem angepaßt werden. Der NATO gehe es darum, die Sicherheit zu verstärken und nicht so sehr darum, die Verteidigung hervorzukehren. Ob die Rolle der neuen NATO, wie sie sich herauszubilden im Begriff sei, von anderen Organisationen wahrgenommen werden könne, sei eine Frage, die die politische Führung zu entscheiden habe.

Der dritte Bericht des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde von den Abgeordneten **Estrella** (Spanien) und **Gama** (Portugal) vorgestellt. Er befaßt sich mit der Umstrukturierung der Streitkräfte in Eu-

ropa. Dazu wird zunächst die Entwicklung der Streitkräfte in den Ländern Osteuropas analysiert. Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien stehen dabei im Vordergrund. Daran anschließend wird die Debatte innerhalb der NATO anhand der Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande dargestellt. Besonders eingegangen wird auf die Zukunft der in Deutschland stationierten Streitkräfte. Dabei wird dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion über den schrittweisen Abbau und den geregelten Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland und den Bestimmungen im Einigungsvertrag über die Zukunft der früheren Nationalen Volksarmee besondere Bedeutung beigemessen.

In einer Podiumsdiskussion über „Die Zukunft europäischer Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen“ diskutierten John **Steinbrunner** (Brookings Institution, Washington D. C.) Sergei **Karaganow** (Europa Institut, Moskau) und Francois **Heisbourg** IISS (London), aus amerikanischer, sowjetischer und europäischer Perspektive.

John **Steinbrunner** ordnete die europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen in einen Evolutionsprozeß ein. Er untersuchte die Ziele, Bedingungen, Grundsätze, Kräftestrukturen, Organisation und die Umsetzung dieses Prozesses in die Praxis. Er sprach sich dafür aus, die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes in die Sicherheitsgemeinschaft einzubeziehen. Sergei **Karaganow** ging insbesondere auf die Auswirkungen der Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitsstrukturen ein. Dabei unterstrich er die große Bedeutung, die der Tatsache zukomme, daß die Sowjetunion keine Feinde in der westlichen Welt mehr habe. Francois **Heisbourg** ging insbesondere auf die Rolle der KSZE, der EG, der NATO und der WEU ein. Er unterstrich vor allem, daß diese Organisationen sich in bezug auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik vervollständigen und nicht gegeneinander konkurrieren sollten.

Der Präsident der europäischen Organisation von militärischen Vereinigungen, Herr J. **Rotboell**, warb in einem Referat vor dem Ausschuß dafür, den Soldaten die elementaren Grundrechte, insbesondere das Recht der Vereinigung, in den Ländern zuzugestehen, in denen das bisher noch nicht der Fall ist.

Die Abgeordneten **Frinking** (Niederlande) und **Bereuter** (Vereinigte Staaten von Amerika) stellten den Bericht des Sonderausschusses vor, der sich mit der Strategie der Allianz und der Rüstungskontrolle befaßt. Ein Entschließungsentwurf beider Berichterstatter hierüber wurde im Ausschuß einstimmig angenommen und dem Plenum der Nordatlantischen Versammlung unterbreitet.

Sitzung des Politischen Ausschusses

Der Politische Ausschuß tagte am 26. und 27. November 1990 unter Vorsitz des Abg. Bruce **George** (Vereinigtes Königreich). Bei Eröffnung der Sitzung be-

grüßte der Vorsitzende die parlamentarischen Beobachter aus Polen, Ungarn, der CSFR, Bulgarien und der UdSSR und lud sie ein, sich an den Debatten des Ausschusses zu beteiligen. Diese wurden von drei Themenkreisen beherrscht: der zukünftigen Rolle der NATO angesichts der Golfkrise und der Veränderungen in Europa, der Frage nach der Ausgestaltung der künftigen Zusammenarbeit in Europa sowie den Perspektiven im Bereich der Abrüstung und Vertrauensbildenden Maßnahmen.

Der Generalsekretär der Westeuropäischen Union, Dr. Wilhelm **van Eekelen**, und der Ständige Vertreter der USA im Nordatlantikat, Botschafter William H. **Taft IV**, beteiligten sich an der einleitenden Podiumsdiskussion über „Die NATO, Europa und die Golfkrise“, in deren Rahmen auch der von Abg. Loic **Bouvard** (Frankreich) als Generalberichterstatter des Ausschusses vorgelegte Berichtsentwurf über „Europäische Sicherheitsprobleme“ debattiert und einstimmig angenommen wurde.

Botschafter **Taft** hob die unverminderte Bedeutung der NATO als Kern der Stabilität in Europa und in der Welt hervor. Sie bilde das notwendige Gegengewicht zur Sowjetunion gerade auch in der begonnenen Ära freundschaftlicher Beziehungen.

Dr. van **Eekelen** forderte, die „transatlantische Arbeitsteilung“ neu und klar zu definieren. Die WEU, bisher einzige Organisation mit Kompetenzen für die Sicherheitsdimension der europäischen Einigung, müsse sich endlich zum tatsächlichen europäischen Pfeiler der Allianz entwickeln, um langfristig in einer Europäischen Union aufzugehen. Auch Abg. **Bouvard** regte eine Verbindung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) mit der WEU an.

Die Golfkrise hat nach Ansicht von Dr. van **Eekelen** die Notwendigkeit der Erhaltung bzw. Aufstellung von Eingreiftruppen mit schwerem Gerät demonstriert; dies gelte es im Rahmen der KSE-Rüstungsbegrenzungen im Blick zu behalten. Zur Frage möglicher Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes (out of area) wurden von verschiedenen europäischen Delegierten, aber auch von kanadischen Vertretern, starke Bedenken geäußert. Um die politische Solidarität und strategische Geschlossenheit der Allianz nicht zu gefährden, wurde im Ausschuß allgemein davon abgeraten, diese Frage zu forcieren und die statt dessen auf bilaterale Lösungen verwiesen.

Die nächsten Etappen des KSZE-Prozesses bildeten den zweiten Schwerpunkt der Beratungen. Hierzu lagen dem Ausschuß der Entwurf eines Zwischenberichts über „Die Zukunft des Warschauer Paktes“ von Senator Guido **Gerosa** (Italien) als Berichterstatter des Unterausschusses „Osteuropa und die Sowjetunion“ sowie der Entwurf eines von Abg. Bruce **George** (Vereinigtes Königreich) verfaßten Sonderberichts über die „Zukünftige Strukturen der europäischen Sicherheit“ vor. Ohne die Frage einer Auflösung oder Umwandlung der WVO beantworten zu können, entwarfen beide Berichterstatter das Bild einer multipolaren Ordnung in Europa und den angrenzenden Regionen, die vielfältige Formen der Zusammenarbeit erforderlich mache.

Der Leiter der Osteuropa-Abteilung im britischen Außenministerium, Michael **Tait**, berichtete über den Pariser KSZE-Gipfel und warnte eindringlich vor einer Isolierung der UdSSR. Wie Tait erinnerten auch einige Delegierte daran, daß die KSZE keine verteidigungspolitische Organisation sei: Auf diesem Gebiet könne vorerst nur die NATO als kompetenter Ansprechpartner gelten.

Die lebhafte Debatte im Ausschuß, in deren Verlauf auch die deutschen Vertreter, die Abgeordneten **Francke** und **Koschnick**, das Wort ergriffen, ergab im Konsens, daß die Nordatlantische Versammlung auch bei einer Institutionalisierung des KSZE-Prozesses und seiner parlamentarischen Dimension ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik behalte. Bei der Intensivierung der Kontakte zu den mittel- und osteuropäischen Staaten habe sich der „Euro-Atlantische Round-Table“ bewährt, der zur festen Einrichtung werden sollte.

Mehrere Vertreter südeuropäischer Staaten mahnten, die Probleme der Südflanke dürften nicht in Vergessenheit geraten. Senator Gerosa und die italienische Delegation befürworteten die Einrichtung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM) und regten, unterstützt durch den Ausschußvorsitzenden, die Bildung eines Unterausschusses für die Südregion an.

Die beiden vorgelegten Berichtsentwürfe wurden einstimmig angenommen. Der von Abg. Bruce **George** (Vereinigtes Königreich) als Sonderberichterstatter eingebrachte Entschließungsentwurf „Die nächsten Schritte im Hinblick auf Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (S. 20) wurde an das Plenum überwiesen, nachdem er durch mehrere Änderungsanträge auf den letzten Stand der KSZE-Verhandlungen gebracht und vor allem die ursprüngliche Forderung, den Aufbau multilateraler „KSZE-Friedenstruppen“ zu prüfen, verworfen worden war.

Zur Abrüstungsthematik lagen den Ausschußmitgliedern der Zwischenbericht des Sonderausschusses zur Bündnisstrategie und Abrüstung von Abg. Douglas **Bereuter** (USA) und Abg. Ton **Frinking** (Niederlande) sowie zwei Entwürfe für Zwischenberichte des Unterausschusses für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen von Abg. Johann **Einwardsson** (Island) vor.

Die im Zwischenbericht des Sonderausschusses angesprochene Frage nach der zukünftigen Rolle der Nuklearwaffen war auch vom Generalberichterstatter hervorgehoben worden: Nicht zuletzt im Hinblick auf die von einigen geforderte Einbeziehung der britischen und französischen Arsenale in künftige Abrüstungsrunden bedürfe sie dringend der Klärung.

Im konventionellen Bereich bestand Einvernehmen, daß die Notifizierungsgrenzen für Manöver im Zuge der KSZE-Vereinbarungen gesenkt werden sollten. Weitere Beschränkungen und Reduzierungen seien jedoch mit Vorsicht anzugehen.

Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in den Grenzgebieten könnten nach Ansicht von Abg. **Einwardsson** maßgeblich zur Konfliktverhütung unter den mittel- und osteuropäischen Staaten beitragen. In

seinem zweiten Berichtsentwurf, zur Sicherheit auf See, spricht er sich für die Ausdehnung von Überlegungen zu VSBM und Abrüstung auf die Seestreitkräfte aus: Die sei nicht notwendigerweise zum Nachteil des Bündnisses, sondern könnte, wie in Mitteleuropa, zum Abbau des sowjetischen Bedrohungspotentials führen. Beide Berichtsentwürfe wurden angenommen.

Mit besonderem Interesse wurden die Beiträge von Referenten und Delegierten aus mittel- und osteuropäischen Staaten aufgenommen

Der sowjetische Beobachter, Admiral Alexej I. **Sorokin**, bestätigte die Notwendigkeit kollektiver Sicherheitsstrukturen in Europa. Die Hauptgefahr der „völlig neuen Sicherheitsdimension“ gehe von den weiterhin bestehenden nuklearen Arsenalen und den Atomwaffen der dritten Generation aus. Daneben griffen in vielen Regionen, auch in Europa, Destabilisierung und Nationalitätenkonflikte um sich. Schließlich habe die Golfkrise die Gefahr verdeutlicht, die durch aggressive Regime in der Dritten Welt entstehen könne. Die Völkergemeinschaft müsse sich hier Möglichkeiten des Eingreifens erhalten, wobei er an den sowjetischen Vorschlag zu VN-Seestreitkräften erinnerte. Die VN-Charta schreibe allerdings den Vorrang politischer Lösungen vor. „Out-of-area-Bestreben“ der NATO stünden diesen multipolaren Friedensstrukturen entgegen.

Der stellvertretende Leiter des Europa-Instituts der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Dr. **Sergej Karaganow**, berichtete über die Situation in der UdSSR: Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft habe eine längere politische und wirtschaftliche Krise ausgelöst, bei der es vorerst nur um die vorläufige Überbrückung der Schwierigkeiten gehe, um die Konflikte nicht offen ausbrechen zu lassen. Diese Krise wirke sich auch auf die außenpolitische Diskussion aus, in der die Deutsche Frage und die Auflösungserscheinungen innerhalb der WVO von der konservativen Opposition thematisiert würden. Die beste Hilfsmöglichkeit für den Westen liege darin, das außenpolitische Umfeld möglichst nicht zu stören.

Im Unterschied zu den sowjetischen Vertretern schilderte **Tadé Alföldy**, Unterstaatssekretär im ungarischen Außenministerium, die militärische Zusammenarbeit der WVO-Mitgliedstaaten als faktisch beendet. Ihre endgültige Auflösung werde für Mitte 1991 erwartet. Auch die Abstimmung der Außenpolitik solle aufgegeben und durch eine lose Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE ersetzt werden, die auch entsprechende Sicherheitsgarantien gewähren könnte. Ungarn beabsichtige vielmehr eine möglichst enge Angleichung seiner Außenpolitik an die EPZ. Mit der NATO solle fallweise zusammengearbeitet, eine Mitgliedschaft jedoch vorläufig nicht angestrebt werden.

Der mit herzlichem Applaus bedachte Präsident der Bundesversammlung der CSFR, **Alexander Dubček**, erinnerte an die internationale Stellung seines Landes vor dem Zweiten Weltkrieg und an den Versuch des Jahres 1968, einen am Westen orientierten Weg einzuschlagen. Heute sei die „Rückkehr nach Europa“ schwieriger, jedoch ohne Alternative. Die CSFR hoffe,

den wirtschaftlichen und technologischen Rückstand schnell aufholen zu können. Die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft werde sicherlich erfolgen können, wenn die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen seien. Die für Anfang 1991 erwartete Vollmitgliedschaft im Europarat sah er als wichtige Etappe auf diesem Weg an. Wie bereits einige polnische Delegierte und auch Dr. **Karaganow** warnte Präsident **Dubček** – im Gegensatz zu der Position des ungarischen Referenten – vor einer zu schnellen Auflösung des Warschauer Paktes: Eine (auch nur subjektive) Isolierung der UdSSR sei in jedem Falle zu vermeiden.

Der vom Vorsitzenden eingeladene Vizepräsident des rumänischen Senats, Prof. **Oliviu Gherman**, berichtete über die Entwicklung in Rumänien und hob die grundlegenden und unumkehrbaren Schritte zur Demokratie hervor, die bereits unternommen worden seien. Der Vorsitzende äußerte die Hoffnung, daß die NAV bald auch dem rumänischen Parlament einen Beobachterstatus einräumen werde.

Wirtschaftsausschuß

Die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses fanden am 26. und 27. November 1990 unter dem Vorsitz des Abg. **Charles Rose** (USA) statt.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte der Vorsitzende **Rose** ganz besonders die Beobachter aus den osteuropäischen Ländern. Ihre Teilnahme an der Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung spiegele die positiven Veränderungen in den Beziehungen zwischen Ost und West wider.

Der Generalberichterstatte Abg. **Estrup** (Dänemark) stellte den Entwurf seines Berichts über die deutsche Einheit und die wirtschaftlichen Probleme für Deutschland und seine Partner vor. In dem Bericht wird zunächst eine Bestandsaufnahme der Wirtschaftslage in beiden Ländern vor dem Fall der Mauer gegeben. Dann folgt eine Chronologie der Ereignisse und Maßnahmen bei der Verwirklichung der deutschen Einheit. Nach Ansicht des Berichterstatters ist der große Finanzbedarf zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur in der früheren DDR ein großes Problem. Als besonders schwierig beurteilt er die Beseitigung der katastrophalen Umweltschäden.

Die anderen osteuropäischen Länder erwarteten von dem neuen Deutschland einen deutlichen wirtschaftlichen und politischen Schub. So könnte der Übergang in der ehemaligen DDR für ihr Vorgehen wertvolle Erfahrungen bieten. Der Berichterstatte erwähnte das wiederholt geäußerte Bekenntnis der Bundesregierung zur europäischen Integration. Die Befürchtungen vor einem nur auf die eigenen Probleme konzentrierten Deutschland seien ebenso unbegründet wie das Unbehagen vor einem heranwachsenden Wirtschaftsriesen.

Senator **Gobrecht** (Bundesrepublik Deutschland) dankte den Freunden im Westen und Partnern im Osten für ihre Unterstützung im Einigungsprozeß. Die in dem Bericht aufgezeigte Perspektive des Übergangs einer kommunistischen Kommandowirtschaft

zu einer freien Marktwirtschaft sei in der Geschichte bislang ohne Beispiel. Auch in der Bundesrepublik sei man über den desolaten Zustand in der früheren DDR, die immerhin Platz 10 auf der Liste der Industrienationen hielt, überrascht gewesen. Der Einigungsprozeß sei für die Bundesrepublik ohne Vorbereitung gekommen. Selbst renommierte Ökonomen könnten die Kosten der deutschen Einigung nicht exakt einschätzen; erschwerend komme hinzu, daß kurz vor den gesamtdeutschen Wahlen die Regierung verspreche, die Einheit ohne Steuererhöhungen durch Einsparungen im Haushalt und höhere Kreditaufnahmen zu finanzieren. Die Opposition hingegen sei von der Notwendigkeit von Steuererhöhungen überzeugt. Gleichwohl könne er für Deutschland folgende Zusagen abgeben: erstens sei Deutschland fest in Europa verankert, zweitens empfinde es tiefe Verbundenheit zu den Ländern Mittel- und Osteuropas und drittens werde es die Länder der Dritten Welt weiterhin unterstützen.

Abg. **Krieps** (Luxemburg) begrüßte die Vereinigung Deutschlands und verwies darauf, daß die frühere DDR gegenüber anderen osteuropäischen Ländern im Vorteil sei, sie habe nun nämlich eine starke Währung und erhalte von der EG Unterstützung.

Senator **Gaud** (Frankreich) berichtete, daß er am 2. Juli in Berlin gewesen sei und die Darstellung des Generalberichterstatters voll unterstreichen könne. So sei er erstaunt gewesen über die schlechte Infrastruktur und die niedrige Produktivität. Aufgrund der Reserven der Bundesrepublik erwarte er jedoch eine positive Entwicklung in der ehemaligen DDR. Von dieser Entwicklung werde nicht nur Europa, sondern auch die Dritte Welt profitieren.

Abg. **Mateman** (Niederlande) bemerkte, gegen die feste Verankerung Deutschlands in Europa spreche, daß 95 % der „joint ventures“ innerdeutsch seien. Ferner vermisse er den Beschluß der Europäischen Gemeinschaft, die Länder Osteuropas zu unterstützen.

Zum Schluß der Diskussion verabschiedete der Wirtschaftsausschuß den Bericht ohne Gegenstimme.

Anschließend ergriff der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, **Douglas Gogg**, das Wort. Staatssekretär **Hogg** unterstrich die friedensstiftende Rolle im gegenwärtigen Wandlungsprozeß mit der Unterzeichnung der Charta in Paris. Der KSZE-Prozeß zeige, wie grundlegend der Wandel und neuartig die Beziehungen auf allen Ebenen seien. Mit dem KSZE-Abkommen sei die Begrenzung von Waffensystemen und der Austausch von Militärdaten vereinbart worden.

Zur Zukunft der NATO unterstrich Staatssekretär **Hogg** das Erfordernis, bei weiterer Verpflichtung der USA den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken.

Abg. **Mauley** (Kanada) erinnerte an den oft vergessenen Beitrag kanadischer Streitkräfte auf deutschem Boden und stellte im Zusammenhang mit dem Aufbau multinationaler Einheiten bei integrierter Verteidigung die Frage, wer denn der Gegner sei. Staatssekretär **Hogg** erwiderte, alle müßten so lange an Defensivmaßnahmen interessiert sein, wie Gefahren fortbe-

ständen. Auch die UdSSR sei noch immer eine Militärmacht und das Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen in Osteuropa könne zu Instabilität führen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung referierte Senator **Gore** (USA) über Wirtschaft und Umwelt. Die weltweiten Auswirkungen von Umweltschäden gefährdeten nicht nur unseren Wohlstand, sondern letztlich sogar das reine Überleben. An die Stelle der Ost-West-Konfrontation sei die Bedrohung durch rasch fortschreitende Umweltzerstörung getreten. Trotz erster positiver Schritte müsse der Gesetzgeber einschneidende Maßnahmen im Einvernehmen mit der Bevölkerung verabschieden, damit eine neue Weltordnung geschaffen werden könne, in der Wohlstand und Umweltschutz sich nicht gegenseitig ausschließen.

In Zusammenhang mit dem Informationsdokument zur Golfkrise, das die wirtschaftlichen Auswirkungen zweier Aktionsmodi für das zukünftige Handeln im Golf aufzeigt, verwies Abg. **Sabunis** (Türkei) auf die negativen Folgen der Golfkrise für die türkische Wirtschaft und begründete seine Forderung nach Unterstützung durch die Verbündeten mit der consequenten Anwendung des Embargos in seinem Land. Abg. **Korakas** (Griechenland) erwähnte ebenfalls die früher guten Beziehungen zum Irak und die durch die Golfkrise ausgelösten wirtschaftlichen Nachteile für sein Land. Abg. **Krieps** (Luxemburg) wies darauf hin, daß auch andere Länder — z. B. in Osteuropa — durch die Erhöhung des Ölpreises Nachteile zu akzeptieren hätten.

Anschließend sprach der britische Staatssekretär im Energieministerium, **John Wakeham**, zum Thema „energiewirtschaftliche Aspekte der Golfkrise“.

Senator **Gaud** (Frankreich) gab als Vorsitzender des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftskooperation und -konvergenz“ eine Einführung in den Zwischenbericht über den Stand der Wirtschaftsreformen in Ungarn. Im Ergebnis wird in dem Bericht festgestellt, daß Ungarn von Ost und West relativ unabhängig sei und seine zukünftige Wirtschaftsentwicklung von der Effizienz eines umfassenden Reformprozesses abhängen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der designierte Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BERD), **Jacques Attali**, über die Rolle der Bank bei der Umsetzung von Wirtschaftsreformen im Osten. Die hochverschuldeten, unternehmerisch unerfahrenen Länder Osteuropas benötigten westliche Unterstützung. Dies liege im Interesse der Stabilität in dieser Region, der Förderung und Demokratie und diene der Verhinderung massiver Einwanderungsbewegung in den Westen. Unter der Voraussetzung, daß in den osteuropäischen Ländern Wirtschaftsilberalismus, Demokratie und Umweltschutz gefördert werde, wolle die Bank bei Personaltraining, Privatisierung, Konversion und Modernisierung der Infrastruktur Hilfe leisten.

Sodann berichtete der Unterstaatssekretär des ungarischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, **Tádé Amody**, über die Wirtschaftslage seines Landes. Das Obdachlosenproblem in Ungarn sei ein Problem der Freizügigkeit und könne sich durch Flücht-

linge aus der UdSSR noch verschärfen. Ungarn sei auf dem Weg zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft und eine vorübergehende Konsequenz dieses Systemwechsels seien 400 000 Arbeitslose. Zur Bewältigung dieser Aufgaben benötige Ungarn moralische und finanzielle Unterstützung ebenso wie westliches Know-how.

In der anschließenden Diskussion wies Abgeordneter **Krieps** (Luxemburg) auf das Problem hin, daß es in vielen osteuropäischen Ländern einen Schwarzmarkt gäbe und die Währung nicht konvertibel sei.

Jacques **Attali** erwiderte darauf, daß die Bank von jedem Land individuelle Schritte erwarte und in ihren Maßnahmen nicht nach „Schema f“ vorgehen wolle.

Unterstaatssekretär **Álföldy** (Ungarn) räumte zwar Schwierigkeiten ein, unterstrich zugleich jedoch die Entschlossenheit seines Landes, in 3 Jahren eine volle Konvertibilität herzustellen und in etwa 6 Jahren zum EG-Beitritt bereit zu sein.

Senator **Lewis** (Australien) betrachtete die Vorgänge in Osteuropa als einmalige Chance, und sein Land als ein Beitragszahler in der BERD unterstütze die neuen Demokratien nach besten Kräften.

Daran schloß sich die Abstimmung des Berichtes an. Er wurde ebenso angenommen wie der unveränderte Entwurf einer Entschließung.

Gegen Ende der Sitzung wurde Abgeordneter **Wiggin** (Vereinigtes Königreich) zum Vorsitzenden, und die Abgeordneten **Sabunis** (Türkei) und **Rodling** (Canada) zu stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses gewählt.

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für zivile Angelegenheiten tagte am 26. und 27. November 1990 unter dem Vorsitz von Senator **Genton** (Frankreich) und Abg. **Mannino** (Italien).

Erstmals nahmen je ein Beobachter aus Bulgarien, Ungarn, der CSFR und der UdSSR an der Sitzung teil.

Zunächst stellte die Generalberichterstatterin, Abg. **Frau Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), ihren Entwurf eines Generalberichts über die NATO und die öffentliche Meinung 1990 vor, soweit Meinungsumfragen bei Franzosen und Briten über verschiedene Aspekte der Europäischen Union Grundlage der Ausführungen waren. Sie betonte, der Bericht beruhe in erster Linie auf Stellungnahmen der einzelnen Regierungen sowie auf Meinungsumfragen und könne daher nur einen Teil der Realität wiedergeben. Den Vorwurf, einen anti-britischen Bericht verfaßt zu haben, wies sie zurück. Sie führte kritische Ansichten in bezug auf die deutsche Vereinigung auf die Tatsache zurück, daß die deutsch-deutsche Entwicklung in rasantem Tempo voranschreite. Es sei jetzt besonders wichtig für Europa, herauszufinden, wie die europäischen Staaten – insbesondere Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich – zur europäischen Integration stehen würden. Zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Integration sowie zur Ver-

stärkung der kulturellen und sprachlichen Integration sei eine kluge und enge Zusammenarbeit unverzichtbar. Abg. **Frau Schulte** betonte, der Platz der Deutschen sei an der Seite der Verbündeten.

Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich) äußerte in der Diskussion, der Bericht stelle trotz der gegenüber dem Frühjahrsbericht vorgenommenen Änderungen weiterhin eine Beleidigung an den englischen Gastgeber dar. Es werde dort der Eindruck erweckt, Frau Thatcher sei gegen die europäische Integration, da die Auswertung der Meinungsumfragen irreführend und selektiv erfolgt und daher nur schwer zu widerlegen sei. Die Realität sehe jedoch so aus, daß die britische Öffentlichkeit sich zunehmend EG-freundlicher zeige; Großbritannien habe nur noch neun Richtlinien bis zur Verwirklichung des gemeinsamen Marktes von 1992 zu erfüllen, für die Bundesrepublik Deutschland blieben im Vergleich dazu noch fünfzehn Richtlinien offen.

Lord **Ardwick** (Vereinigtes Königreich) beglückwünschte Abg. Frau Schulte zu ihrem Bericht und wies auf die komplizierte Situation Großbritanniens innerhalb Europas hin.

Staatsminister **Geil** (Bundesrepublik Deutschland) stellte fest, der Bericht sei gegenüber der Frühjahrs-sitzung abgemildert und beinhalte eine zurückhaltende Stellungnahme, auch in politisch kontroversen heiklen Punkten. Er könne jedoch kein vollständiges Bild über die Entwicklungen seit dem 3. Oktober geben und müsse daher fortgeschrieben werden. Es sollte dann auch die Ergebnisse des letzten KSZE-Gipfels von Paris einbezogen werden. Wichtig sei im Zusammenhang mit der KSZE die Öffnung der Nordatlantischen Versammlung für osteuropäische Staaten und die Tatsache, daß infolge der Wiener Abrüstungsverhandlungen nach dem Abzug der Cruise missiles und der Pershing sowie dem Abbau der chemischen Waffen in Deutschland keine Bedrohung mehr zwischen Ost und West bestehe. Es seien jedoch weitere Diskussionen erforderlich, z. B. über den Tiefflug. Nach den Äußerungen von Abg. Frau **Hanquet** (Belgien), Abg. **Wilson** (Kanada) und Abg. **Silvestri** (Italien), der Bericht sei nicht auf dem neuesten Stand und dem Vorschlag von Abg. Frau **Schulte**, ihn deshalb auf den 30. September 1990 zu datieren, wurde er mit 14 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Es folgte eine Debatte zum Thema „Das Vereinigte Königreich und Europa“ mit Beteiligung des Leiters für politische und soziale Forschungen am Institut für Meinungsforschung MORI, Brian Gosschalk, und des Vizepräsidenten der Internationalen Europäischen Bewegung, Ernest Wistrich. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Thema in der Öffentlichkeit nicht stark im Vordergrund stehe, die Mitgliedschaft in der EG werde dort als Selbstverständlichkeit angesehen. In der Wirtschaft und in allen politischen Parteien werde die öffentliche Meinung mittlerweile ebenfalls positiv im Hinblick auf die EG beeinflusst.

Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich) stellte den Entwurf eines Berichtes des Unterausschusses „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ vor. Ein Schwerpunkt des Berichts stellt die Entwick-

lung der KSZE dar. Eingehend werden die Frage der Institutionalisierung sowie die Kopenhagener Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE analysiert. In einem weiteren Schwerpunkt wird die Menschenrechtssituation in der Sowjetunion unter der Regierung Gorbatschow untersucht. Dabei werden die politischen Rechte und die Meinungsfreiheit besonders hervorgehoben. Abschließend befaßt sich der Bericht mit den Reise- und Auswanderungspolitiken in Mittel- und Osteuropa. Zur Frage der Sowjetunion brachte Staatsminister **Geil** einige allgemeine politische Ausführungen. Es gebe drei Hauptprobleme, die die Sowjetunion lösen müsse. Dies seien das Verhältnis der Sowjetunion zu den einzelnen Republiken, das ethnische Problem, welches die Frage nach den Minderheitenrechten in Zusammenhang mit der weiterhin hohen Emigrationsrate umfasse, und schließlich das wirtschaftliche Problem. Weiterhin stellte Staatsminister **Geil** die Forderung an die Sowjetunion, daß Menschen aus politischen Gründen in Europa nicht mehr auszuwandern gezwungen seien. Ebenfalls forderte er umfassende Wirtschaftshilfe für Staaten, die dies benötigen. Der Bericht von Herrn Browne habe sich auf der KSZE-Konferenz in Paris bestätigt und sei dort noch einen Schritt weitergeführt worden.

Sir John **Robson**, Delegationsleiter des Vereinigten Königreichs bei der KSZE, sprach über „die menschliche Dimension der KSZE“. Die Wiener Tagung vom Januar 1989 sei ein Wendepunkt im politischen Veränderungsprozeß der KSZE gewesen, denn dort sei zum ersten Mal ein Konsens über eine detaillierte Unterstützung der Menschenrechte erreicht worden. Die KSZE-Konferenz im Sommer 1989 in Paris habe erste Vorschläge über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie entwickelt, jedoch kein Schlußdokument verabschiedet. Auf der Konferenz im Juni 1990 in Kopenhagen seien die ausgereiften Vorschläge von allen 35 Ländern voll unterstützt worden, das Kernstück des Kopenhagener Dokuments habe im Oktober 1990 Eingang in die Pariser Charta gefunden. Die für 1991 geplante Konferenz in Moskau solle sich mit der konkreten Umsetzung der Vorschläge in die Praxis befassen. Abschließend erklärte Sir John **Robson**, religiöse und ethnische Konflikte könnten sich auch auf die Sicherheit in den KSZE-Staaten auswirken; daher sei ein Konfliktverhütungszentrum in Wien erforderlich. Die KSZE bewege sich auf die Frage eines Instruments zu; es solle eine Art Schlichtungsmaschinerie, ein zentrales Forum für politische Konsultationen, geschaffen werden. Er betrachte dies als ein Kernproblem im Bereich der Menschenrechte.

Im Entwurf eines Sonderberichtes über den Zivilschutz betont Abg. **Zamberletti** (Italien) die Notwendigkeit einer Ost-West-Kooperation in diesem Bereich. Es gebe neue Bedrohungen durch die zunehmende Zahl von Raketen in Ländern der Dritten Welt sowie durch die Erhöhung der Risiken des Terrorismus, bedingt durch das Anwachsen der Spannungen zwischen Nord und Süd. Ein globales Programm im Zivilschutz sei unmöglich, lediglich punktuelle Bedrohungen könnten bekämpft werden. Die Bedrohung sei grenzüberschreitend, daher müsse in Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern ein neues Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus entwickelt werden. Es gehe auch darum, die Rolle der NATO im

gesamten Bereich des Zivilschutzes weiter auszubauen. Das Bündnis könne durch die Entwicklung eines allgemeinen Konzeptes im Bereich des Zivilschutzes sein Bild in der öffentlichen Meinung erheblich verbessern.

Lawrence **Davies**, stellvertretender Generalsekretär der NATO für Infrastruktur, Logistik und zivile Notstandsplanung, wies in seinem Exposé „die NATO und der Zivilschutz“ auf die Londoner Erklärung hin und betonte in diesem Zusammenhang, daß der Zivilschutz eines der wichtigsten Ziele der NATO werden sollte. Die NATO-Länder hätten einzeln und gemeinsam viel im Bereich des Zivilschutzes anzubieten, wie z. B. Fähigkeiten und Systeme, die es in den osteuropäischen Ländern nicht gebe. Somit könnte die NATO-Zentrale ein Clearing House für die Hilfe an osteuropäische Staaten sein.

In dem Bericht des Unterausschusses „Information der Öffentlichkeit über Verteidigung und Sicherheit“ untersucht der Berichterstatter, Abg. Gualtherie van **Weezel** (Niederlande) die Rolle der Informationsdienste auf Regierungsebene und der Ebene der nichtstaatlichen Organisationen sowie die Rolle des Militärdienstes in den einzelnen Bündnisländern. Der Berichterstatter war der Ansicht, daß die politische Rolle der NATO im Hinblick auf lebenswichtige Interessen im Zusammenhang mit der Golf-Krise immer wichtiger werde. Die USA verdienten die Unterstützung der NATO immer mehr, und die europäischen Staaten müßten sich davor hüten, gegeneinander ausgespielt zu werden. Er betonte weiterhin, daß die Südfanke der NATO wichtiger als je zuvor sei und daß die Türkei eine Brücke zwischen dem islamischen Osten und Europa bilde. Ferner sprach er sich für eine militärische Integration Frankreichs in die NATO aus. Eine permanente und konkrete Bearbeitung der transatlantischen Beziehungen sei erforderlich, und die amerikanischen Truppen dürften nicht aus Europa abgezogen werden. In der anschließenden Diskussion machte Abg. **Diogenant** (Belgien) den Vorschlag, der Unterausschuß „Mittelmeerbecken“ solle im nächsten Jahr eine Reise nach Zypern und Griechenland unternehmen.

Der Präsident der Vereinigung des Atlantikvertrags, Bernardino **Gomes**, hielt einen Vortrag über die Rolle der nichtstaatlichen Organisationen im Zusammenhang mit der Zukunft des atlantischen Bündnisses. Er betonte, die Information der Öffentlichkeit sei eine schwierige Angelegenheit, die eine bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen atlantischen Vereinigungen erfordere. Die Beziehungen über den Atlantik seien das Hauptdiskussionsthema der nächsten 10 Jahre, daher solle nach Möglichkeiten gesucht werden, eine europäische Stiftung in den USA zu errichten, die sich hauptsächlich mit der europäisch-amerikanischen Partnerschaft befasse. Bereits im letzten Jahr sei ein „atlantisches Barometer“ eingeführt worden. Hier handele es sich um eine Meinungsumfrage, die in 12 der 16 Bündnisländern erfolgreich durchgeführt worden sei. Es bedürfe jedoch einer größeren Unterstützung von Seiten der Regierungen. Darüber hinaus seien größere Haushalte für die Informationsdienste erforderlich.

Der Ausschuß verabschiedete zwei Entschließungsentwürfe über die menschliche Dimension der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie über die zivile Verantwortung des Bündnisses. Er beschloß ebenfalls, einen neuen Unterausschuß „Mittelmeerbecken“ zu bilden sowie die Frage der Minderheiten im Osten in den Unterausschuß „KSZE“ aufzunehmen.

Atlantisch-Pazifisches Seminar

Am Atlantisch-Pazifischen Seminar, das unter dem Vorsitz von Präsident Patrick **Duffy** (Vereinigtes Königreich) im Anschluß an die Jahrestagung stattfand, beteiligten sich Delegierte aus Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, den Niederlanden, Portugal, Spanien, der Türkei und der UdSSR. Das Fehlen der bereits am Vortag abgereisten Delegation des US-Kongresses wurde allgemein bedauert.

In seinen einführenden Bemerkungen hob der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Technik, Sir Peter **Emery** (Vereinigtes Königreich), das besondere Interesse Europas am Pazifischen Raum hervor, aufgrund dessen von einer „Festung Europa“ nicht die Rede sein könne. Umgekehrt rief er die Pazifikstaaten auf, ihren Teil zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens beizutragen, um militärischen Abenteurern weltweit alle Aussichten auf Erfolg zu nehmen.

Der Ausschußvorsitzende begrüßte die an die NAV ergangene Einladung zum *Pacific Caucus* (4. – 7. Januar 1991), bei dem sich Gelegenheit bieten werde, insbesondere auch die wichtigen wirtschaftlichen Aspekte zu erörtern.

In der Debatte über die *Golfkrise* bestand Einmütigkeit in der Entschlossenheit, dem geltenden Völkerrecht im Rahmen der Vereinten Nationen, möglichst auf dem Verhandlungswege, zur Durchsetzung zu verhelfen. Die Beiträge der einzelnen Staaten, insbesondere die verfassungsrechtlichen Auflagen, unter denen Japan und Deutschland operieren müssen, wurden eingehend gewürdigt.

Verschiedene Delegierte forderten, der Einsatz der Völkergemeinschaft und insbesondere der westlichen Länder könne nicht mit der Herstellung des *status quo ante* enden, sondern müsse sich darüber hinaus auf *Demokratisierung* und Verwirklichung der Menschenrechte in der gesamten Golfregion richten.

Auch das der Krise zugrundeliegende *Problem der Energiereserven* wurde angesprochen. Abg. Henk **Vos** (Niederlande) wies darauf hin, daß die größten Ölreserven ungenutzt auf dem Gebiet der UdSSR lagerten, und regte eine Unterstützung des Westens bei ihrer Erschließung an.

Das Problem der *Waffenexporte in Regionen außerhalb des NATO-Gebietes*, insbesondere in die bisher vergleichsweise „schwach militarisierter“ Pazifikregion, wurde vor allem von der australischen Delegation angeprangert. Abg. Hans **Koschnick** (Bundesrepublik Deutschland) erläuterte die in Deutschland sich verstärkende Tendenz, Waffenexporte grundsätzlich auf NATO- bzw. OECD-Mitgliedstaaten zu beschränken.

Mehrere Delegierte warnten vor einer Verstärkung des Exportdrucks als Folge der konventionellen Abrüstung in Europa. Die Konversion von Rüstungsbetrieben müsse so früh wie möglich einsetzen, denn Arbeitsplätze dürften nicht zum Alibi für Waffenexporte in die Dritte Welt werden.

Alle Teilnehmer sprachen sich für eine Intensivierung des Dialogs gerade zu diesem Thema aus, an dem evtl. auch Indien als betroffenes Import- und Schwellenland zu beteiligen wäre.

Der Gedankenaustausch über *Trends und Perspektiven der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen* wurde von den gegenwärtigen entscheidenden *GATT-Verhandlungen* und dem Problem der *EG-Agrarsubventionen* beherrscht. Europäer wie Australier wiesen die von den Vereinigten Staaten verfolgte Linie eines einseitigen Verbotes von Exportsubventionen zurück, da die in den USA selbst praktizierten, internen Subventionen hiervon nicht erfaßt würden.

Die Einrichtung einer *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien* wurde allgemein für wünschenswert erachtet. Es wurde vorgeschlagen, das Einzugsgebiet der Konferenz auf den gesamten Pazifikraum auszudehnen und eventuell eine parlamentarische Begleitung durch die IPU vorzusehen, wie sie sich bei der KSZE bewährt habe. Lediglich die Vertreter Japans äußerten entschiedene Vorbehalte dagegen, einer solchen Konferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt, angesichts der offenen Fragen in Korea und Kambodscha sowie der inneren Probleme vieler asiatischer Staaten, mehr als den Status eines Diskussionsforums einzuräumen.

Abg. Ron **Sawford** (Australien) berichtete über den Stand der von Frankreich und Australien führend betriebenen Verhandlungen über den *Antarktisvertrag*. Er äußerte die Hoffnung, daß es gelingen werde, den für ökologische Studien unersetzlichen antarktischen Kontinent als entmilitarisierte Zone und wissenschaftliches Studiengebiet zu erhalten.

Europäisch-Atlantischer Runder Tisch

Im Anschluß an die 36. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung fand am 30. November 1990 unter dem Vorsitz des Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) ein Europäisch-Atlantischer Runder Tisch statt.

Das Roundtable-Gespräch, das seiner Art nach zum ersten Male am Rande einer Nordatlantischen Versammlung stattfand, sollte in erster Linie abklären, mit welchen Vorstellungen sich die Parlamentarier aus den ehemaligen Staaten der WVO an der künftigen Arbeit der Versammlung beteiligen können, und welche Problembereiche bei den nächsten Zusammenkünften thematisiert werden sollten.

Abg. **Dombach** (Ungarn) sprach wirtschaftliche Flüchtlingsströme aus der UdSSR und Rumänien an, die in seinem Land befürchtet würden. Die westeuropäischen Staaten seien hier ebenso betroffen, gemeinsame Lösungen müßten deshalb schnell erarbeitet werden.

Dem schloß sich Abg. **Novozhilow** (UdSSR) an und stellte fest, daß es jetzt darum gehe, den Lebensstandard in Osteuropa zu erhöhen.

Abg. **Ronneburger** (Bundesrepublik Deutschland) vertrat die Auffassung, daß zur Bewältigung erwarteter Flüchtlingsströme in den Ursprungsländern angesetzt werden müsse. Die westlichen Staaten sollten den jungen Demokratien Osteuropas keine ungebetenen Ratschläge erteilen, aber, wenn sie gefragt würden, fundierte Antworten geben können.

Abg. Sir Geoffrey Johnson **Smith** (Vereinigtes Königreich) befürchtete, daß bei einem Anwachsen des politischen Extremismus in Osteuropa ein Rückfall zu autoritären Methoden möglich sei. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sei ein wichtiger Schritt, um die dortigen Wirtschaftsprobleme in den Griff zu bekommen und um für mehr Stabilität zu sorgen.

Abg. **Paecht** (Frankreich) äußerte ein gemischtes Gefühl zu einem assoziierten Status der osteuropäischen Länder in der NAV, weil diese formal noch dem Warschauer-Pakt angehörten. Er warnte vor eventuellen Gefahren im Ost-West-Verhältnis und forderte dazu auf, den Status der neuen Delegationen genau zu definieren.

Abg. **Verivakis** (Griechenland) sprach sich kritisch zu einem Marshall-Plan für Ost-Europa aus. In Griechenland habe dieser seinerzeit wenige Menschen sehr reich gemacht, ansonsten aber nicht viel bewirkt. Neue Methoden müßten entwickelt werden.

Abg. **Petersen** (Bundesrepublik Deutschland) verwies bezüglich nationaler Minderheiten auf die positiven Erfahrungen, die Dänen und Deutsche in Schleswig-Holstein bzw. Dänemark miteinander gemacht hätten. Nicht immer liege in nationalen Minderheiten Sprengstoff für eine stabile innerstaatliche Entwicklung.

Die Teilnehmer des Gesprächs kamen überein, Minderheitenproblemen und Flüchtlingsbewegungen in Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Die ungarische Delegation erklärte sich bereit, zu einem Seminar, das im Februar in Berlin stattfinden werde, eine schriftliche Ausarbeitung zu dem Themenkomplex vorzulegen.

Die deutsche Delegation hatte am 27. November 1990 Mitglieder der Delegationen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem Abendessen eingeladen. Die deutsche Delegation wollte mit dieser Einladung den Dank an die früheren Schutzmächte Berlins und die für Deutschland als gesamte die Verantwortung tragenden Staaten vor der Einheit zum Ausdruck bringen. An dem Abendessen nahm als Gast auch die über einen Beobachterstatus verfügende Delegation der UdSSR teil.

Während des Abendessens hielt der deutsche Delegationsleiter, Abg. Prof. Dr. Manfred **Abelein**, folgende Ansprache:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen der deutschen Delegation möchte ich Sie alle recht herzlich auf diesem Empfang anlässlich der 36. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung in London begrüßen. Es erfüllt mich mit großer

Freude, daß Sie alle unserer Einladung heute abend gefolgt sind.

Zum erstenmal in der Geschichte des Nordatlantischen Bündnisses besteht die deutsche Delegation aus Parlamentariern aus östlichen und westlichen Teilen unseres Landes und repräsentiert somit das vereinte Deutschland. Am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Vereinigung, ging der lang gehegte Wunsch der Deutschen in Ost und West, sich in Frieden und Freiheit zu vereinen, in Erfüllung. Zum erstenmal seit 57 Jahren leben die Deutschen nun seit jenem historischen Tag im Oktober in einem vereinten, freien und demokratischen Staat.

Wir danken all unseren Freunden im Bündnis für ihre Unterstützung, die den Weg für die deutsche Vereinigung nach 45 Jahren der Teilung und für die Einbindung des vereinten Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Staaten eröffnet hat. Wir möchten auch den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich danken, die eine besondere Verantwortung in bezug auf Deutschland als Ganzes übernommen und Frieden, Freiheit und Stabilität in Westdeutschland und im westlichen Teil der geteilten Stadt Berlin während einer langen Zeit der Ost-West-Konfrontation in Europa garantiert haben.

Wir danken Präsident Gorbatschow. Seine mutige Politik hat Europa eine neue Zukunft und Deutschland die Chance zur Einheit in Freiheit eröffnet.

Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland verbindet die deutsche Vereinigung mit der Beendigung der Rechte und Pflichten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Das vereinte Deutschland hat auf diese Weise die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten wiedererlangt. Die Politik des vereinten Deutschlands, das ein gleichberechtigter Partner in Europa geworden ist, wird durch seine Verpflichtung zu Frieden, Freiheit und Demokratie, den Grundwerten des Deutschen Grundgesetzes, bestimmt.

Daher wird die deutsche Vereinigung in der Tat die schwierigen Probleme, die aufgrund der Teilung nicht nur für die Deutschen, sondern auch für ganz Europa entstanden waren, lösen. Die deutsche Vereinigung wird der Katalysator für die europäische Vereinigung. Die derzeit Gestalt annehmende Europäische Union wird nur ein Teil der größeren europäischen Konföderation sein, in der West-, Mittel- und Osteuropa in einem noch engeren Geflecht der Integration und Zusammenarbeit zusammengebracht werden.

Das vereinte Deutschland wird weiterhin seine Aufgaben innerhalb des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft erfüllen. Angesichts des Prozesses der politischen Veränderungen in den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa sollte das Hauptziel einer auf Frieden und Stabilität in Europa gerichteten Politik darin bestehen, diese Länder bei der Verbesserung ihrer gesamtpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse zu unterstützen. In dieser Hinsicht übernimmt das vereinte Deutschland eine besondere Verantwortung aufgrund seines zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Gewichts und seiner Lage im Herzen Europas.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation und der Beginn eines neuen Verhältnisses zwischen den Mitgliedsstaaten der beiden Bündnisse machen den Weg frei für neue Strukturen der Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa. Die Ergebnisse der Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung und über vertrauensbildende Maßnahmen legen den Grundstein für diese kooperativen Sicherheitsstrukturen innerhalb des KSZE-Prozesses.

Ich möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß eine neue, friedliche und stabile politische Ordnung in Europa als Ergebnis der Mitwirkung all unserer Partner im Bündnis und auch der Beteiligung der KSZE-Unterzeichnerstaaten entstehen wird.

Ich möchte Sie nun bitten, gemeinsam mit mir, Ihr Glas zu erheben auf den Fortbestand einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit innerhalb des Atlantischen Bündnisses und auf das Wohlergehen der Völker, die wir als Parlamentarier vertreten."

Zusammenfassung

Die 36. Sitzung der Nordatlantischen Versammlung zeichnete sich in ihrem Gesamtablauf und in den Diskussionen durch mehrere Schwerpunkte aus:

1. Erstmals nahm nach der Einheit Deutschlands eine gesamtdeutsche Delegation an der Sitzung teil. Die seit der Frühjahrssitzung 1988 in Madeira/Portugal sich abzeichnende veränderte Lage in Europa fand ihren Niederschlag in der Präsenz von parlamentarischen Delegationen aus den sich bildenden Demokratien Mittel- und Osteuropas und auch der Sowjetunion, denen mit Ausnahme Rumäniens ein offizieller Beobachterstatus eingeräumt wurde. Die Teilnahme des Parlamentspräsidenten der CSFR, Alexander Dubček, und des sowjetischen Generals Wladimir Lobow zeigte deutlich den Gradmesser des Aufeinanderzugehens im Sinne der nach den KSZE-Inhalten sich ergebenden europäischen und auch atlantischen Dimension.
2. Die Diskussion in der Plenarsitzung machte die Bedeutung der Frage der „neuen regionalen Zuständigkeiten“ für das Bündnis deutlich. Präsident Patrick Duffy (GB, Labour) verschiedete sich aus seinem Präsidentenamt (1988–1990) mit der Vorlage einer Entschließung über neue regionale Zuständigkeiten für ein Bündnis im Wandel. Die kontrovers erörterte Forderung in der Resolution nach Änderung des NATO-Vertrages bzw. dessen erweiterter Auslegung mit dem Ziel, „out of area“ Aktivitäten zu ermöglichen, wurde letztlich nicht aufrechterhalten. Sie zeigt die hohe Sensibilität der Parlamentarier der Bündnisstaaten, auch für den Fall einer sich abzeichnenden oder bestehenden Gefahr an den Flanken der durch den Nordatlantikvertrag geschützten Gebiete, „out of area“ Überlegungen den Dialog voranzustellen.
3. Die Golfkrise war Gegenstand manchen Gesprächs während und am Rande der Sitzung. Breite

Zustimmung fand die Darstellung des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner, nach Ende der Golfkrise – er ließ offen, wie und zu welchem Zeitpunkt man sich das Ende der Krise vorstellen könne – werde man über Verbesserungen des Krisenmanagements und der Krisenverhütungsmechanismen nachdenken müssen. Natürlich könne dem Bündnis dabei nicht die Rolle „des Weltpolizisten“ zufallen. Festzuhalten bleibe gleichzeitig, daß das Bündnis reaktionsfähig sein müsse. Einigen europäischen Delegationen stellte sich dabei auch die Frage, ob man bisher einen ausreichenden Beitrag zur Bewältigung der Golfkrise geleistet habe. Die Diskussion trug in jedem Falle dazu bei, neue Herausforderungen an das Bündnis im Zuge der Redefinition seiner Aufgaben zu erörtern.

4. Die Ansprachen von Oppositionsführer Neil Kinnock, des polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski sowie des tschechischen Parlamentspräsidenten Alexander Dubček und von Generalsekretär Wörner zeigten die neuen Aspekte einer europäischen Sicherheitspolitik auf. In diesen Rahmen fiel auch der Inhalt der von dem amerikanischen Delegationsleiter, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus Dante Fascell (Demokrat/Florida), eingebrachten Entschließung zur Entwicklung einer parlamentarischen KSZE-Versammlung. Unabhängig davon, ob der Vorreiter einer KSZE-Versammlung die Nordatlantische Versammlung oder die Parlamentarische Versammlung des Europarates sein sollte, verdeutlichte die Diskussion, daß das Bündnis eine herausgehobene Rolle im Prozeß der Fortentwicklung der KSZE übernehmen kann und diese zu übernehmen auch in der Lage ist.

Aus deutscher Sicht kann der Verlauf der 36. Herbstsitzung der Nordatlantischen Versammlung als erfolgreich bezeichnet werden. Zu unterstreichen ist dabei die Zustimmung, die in bezug auf die deutsche Einheit von allen Delegationen zum Ausdruck gebracht wurde. Die deutsche Einheit wurde nachhaltig begrüßt von dem den Premierminister vertretenden Verteidigungsminister Tom King. Der Minister führte in seiner Festansprache in Westminster Hall die Einigung Deutschlands auch auf die Freiheitsgarantien des Bündnisses zurück. Die Bedeutung des Bündnisses für uns Deutsche bei dem Bestreben, die Einheit zu erlangen, kann seit Veröffentlichung des Harmel-Berichts 1967 nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Herbstsitzung war darüber hinaus eindeutig gekennzeichnet von dem Willen der Nordatlantischen Versammlung, nach dem auf dem Pariser KSZE-Gipfel endgültig vollzogenen Ende des Kalten Krieges neue Aufgaben und Zielvorstellungen für das Bündnis und seine parlamentarische Versammlung zu entwickeln. Die Nordatlantische Versammlung wird auch zukünftig eine aktive Rolle bei der Entwicklung erweiterter Sicherheitsstrukturen spielen. Die deutsche Delegation wird in diese Bemühungen voll eingebettet sein.

Prof. Dr. Manfred Abelein

Senator Volker Kröning

Leiter der Delegation

Stellvertretender Delegationsleiter

EntschlieÙung 214

betr. die menschliche Dimension der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die Versammlung,

1. *begrüÙt* die auf dem Pariser Gipfel der 34 Staats- und Regierungschefs beschlossene Institutionalisierung der KSZE, insofern als sie dazu beiträgt, die Grundlagen für eine neue auf dem Geist der Zusammenarbeit beruhende europäische Ordnung zu schaffen, und behält zugleich die wichtigen transatlantischen Beziehungen bei, die während des Kalten Krieges erfolgreich zum Zusammenhalt des Westens beigetragen haben und auch zukünftig ein Hauptelement der globalen Sicherheit sein werden;
2. *begrüÙt lebhaft* die Entwicklungen bei der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, bei deren Sitzung 1990 in Kopenhagen deutlich wurde, daß sie zu einem integralen und grundlegenden Bestandteil der Beziehungen zwischen dem Westen und den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa geworden ist, und zwar mit der Vereinbarung einer Reihe bisher nie dagewesener multilateraler Verpflichtungen, die zeigen, daß die früheren kommunistischen Länder sich die westlichen Werte zu eigen gemacht haben;
3. *ist jedoch sehr besorgt* über die möglicherweise schwerwiegende Destabilisierung in bestimmten Regionen Europas aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen in Verbindung mit dem Aufleben von Nationalismus, den Forderungen von Minderheiten nach Anerkennung ihrer Rechte und mit internationalen Migrationen auch aus der Sowjetunion;
4. *und gibt ihrer Überzeugung Ausdruck*, daß diese Fragen für Frieden, Sicherheit und Wohlergehen der europäischen Länder von allergrößter Wichtigkeit sind;
5. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:
 - a) die Bestimmungen des Kopenhagener Schlußdokuments uneingeschränkt unter besonderer Beachtung der Freizügigkeit zu implementieren und zugleich legitime nationale Stabilitäts- und Sicherheitsprioritäten zu akzeptieren;
 - b) alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Krisen und Konflikte, die in nationalen und ethnischen Spannungen ihren Ursprung haben könnten, friedlich und gerecht zu lösen;
 - c) gemeinsame Überlegungen zu der möglichen Rolle der NATO, der KSZE, der Vereinten Nationen, des Europarates und der EG in diesem Bereich anzustellen und die Durchführbarkeit legaler Maßnahmen, einschließlich des Einsatzes von Friedenstruppen, zu prüfen;
 - d) auch weiterhin den Prozeß der menschlichen Dimension auf das Gebiet der Minderheitenrechte auszudehnen; und

- e) gemeinsam Wege, Mittel und Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, damit sich die Wirtschaft der osteuropäischen Länder erholen und die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen befriedigen kann.

EntschlieÙung 215

betr. die zivile Verantwortung des Bündnisses

Die Versammlung,

1. *ist überzeugt* von dem Erfordernis, das Atlantische Bündnis den veränderten Zeiten anzupassen;
2. *ist besorgt* über die in allen Bündnisländern geäußerte Meinung, daß die Allianz ihren Zweck erfüllt habe und deshalb stufenweise abgeschafft werden sollte;
3. *bekräftigt* demgegenüber das Erfordernis, das Bündnis zu einer Zeit, in der Europa durch den Anstieg nationaler und ethnischer Spannungen von einer Destabilisierung bedroht ist, fortbestehen zu lassen;
4. *ist überzeugt*, daß die außerhalb des Vertragsgebietes wachsenden neuen Bedrohungen für die westliche Sicherheit einen zusätzlichen Grund bieten, das Bündnis beizubehalten, und daß diese Bedrohungen reife Überlegungen erfordern, wie ihnen begegnet werden kann;
5. *ist ferner überzeugt* von der Notwendigkeit besonderer Anstrengungen, die öffentliche Meinung, ohne deren Unterstützung die Abschreckung geschwächt wird, darüber zu informieren und aufzuklären; und
6. *begrüÙt* in diesem Zusammenhang die jüngste Reform des NATO-Informationsdienstes, die seine Effizienz zweifellos steigert und den zuvor von der Versammlung angenommenen Empfehlungen entspricht, sowie seine jetzt direkte Verbindung zum NATO-Generalsekretär;
7. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*,
 - a.i. die frühere und zukünftige Rolle der NATO zu betonen, um die Werte und Prinzipien von Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit der parlamentarischen Demokratien zu fördern und zu verteidigen;
 - a.ii. auch weiterhin der Unterstützung des Atlantischen Bündnisses durch die öffentliche Meinung größte Aufmerksamkeit zu widmen und in den Mitgliedsländern eine entsprechende Informationskampagne zu lancieren, um die Notwendigkeit des Fortbestehens des Atlantischen Bündnisses zu erklären;
 - a.iii. die Bemühungen der NATO um Dialog, Information und Kooperation mit den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes dergestalt zu intensivieren, daß unter keinen Umständen von den Bündnisländern unternommene Aktivitäten dadurch beeinträchtigt werden;

- b.i. angemessen auf die Gefährdung, die für die westlichen Demokratien von Massenvernichtungswaffen ausgeht, hinzuweisen, und zwar Gefährdungen angesichts der Verbreitung von ballistischen Flugkörpern und der Fortdauer terroristischer Bedrohung; und insbesondere über die Anpassung der Zivilschutzmaßnahmen in diesem Bereich, unter Berücksichtigung der multilateralen Ebene, nachzudenken;
- b.ii. im Bereich des Zivilschutzes eine Politik aktiver Zusammenarbeit mit den Ländern Ost- und Mitteleuropas zu initiieren.

Entschliebung 216

betr. Rüstungskontrolle und Rüstungstransfer

Die Versammlung,

1. das Ende des Kalten Kriegs sowie die neue Entschlossenheit *begrüßend*, mit der die Supermächte die Vereinten Nationen ernsthaft als die am besten geeignete Organisation ansehen, wenn es darum geht, internationale Spannungen und Konflikte vorwiegend mit friedlichen Mitteln und durch Zusammenarbeit beizulegen;
2. *in der Überzeugung*, daß dieses neue internationale Umfeld zu der berechtigten Hoffnung Anlaß gibt, daß einerseits noch nie dagewesene Fortschritte im Bereich der Abrüstung erzielt werden, die alle Waffenkategorien betreffen, und daß andererseits die Waffenverkäufe in der Welt eingeschränkt und kontrolliert werden;
3. *sieht* in dem kürzlich abgeschlossenen Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu erheblich reduzierten Streitkräfteniveaus auf dem europäischen Kontinent sowie den Vorläufer für die unmittelbare Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen;
4. *ermutigt* durch die in anderen Rüstungskontrollforen insbesondere in bezug auf chemische Waffen, Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) und gewisse Aspekte der Atomtests erzielten Fortschritte;
5. *in der Hoffnung* auf den Abschluß eines START-I-Abkommens im Januar 1991;
6. *besorgt* über die auffallende Zurückhaltung der Mitgliedstaaten, schrittweise Verhandlungen über einen umfassenden Atomteststopp aufzunehmen;
7. *enttäuscht* über die Tatsache, daß die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) 1990 keine formelle Vereinbarung treffen konnte, was weitgehend darauf zurückzuführen ist, daß viele blockfreie Staaten mangelnde Fortschritte beim Nachlassen des nuklearen Wettrüstens empfinden, in Verletzung des Geists und des Wortlauts des NVV;
8. *zutiefst beunruhigt* über den unerbittlichen und weitgehend unkontrollierten Anstieg des weltweiten Rüstungstransfers, insbesondere in Gebieten, in denen große internationale Spannungen herrschen, sowie über das zunehmende Zerstörungspotential frei erhältlicher Waffensysteme;
9. *in der Überzeugung*, daß das Fehlen des kritischen Punktes des Waffentransfers auf der internationalen Tagesordnung — die Frage nach dessen ernsthafter Reduzierung und Kontrolle — einen ständigen Vorwurf gegenüber allen Staaten und eine Vernachlässigung der politischen Verpflichtungen in einem Ausmaß bedeutet, das sich in Anbetracht der Golf-Krise verheerend auf die Stabilität in der ganzen Welt auswirken könnte;
10. *fordert* die Regierungen der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) weiterhin Folgeverhandlungen über Reduzierungen der konventionellen Streitkräfte in Europa zu unterstützen;
 - b) für die Aufnahme von Diskussionen über die Begrenzung des Transfers von militärischem Gerät, das infolge der Abkommen über konventionelle Rüstungskontrolle überflüssig geworden ist, zu plädieren, da sich solche Transfers gegen den Geist dieser Abkommen richten würden und andere Regionen destabilisieren könnten;
 - c) unverzüglich und im Einklang mit der Londoner Erklärung vom 6. Juli neue Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen mit dem Ziel aufzunehmen, ihre Anzahl in Europa substantiell zu verringern;
11. *fordert* die Regierungen der Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen *dringend auf*:
 - a) unter der Schirmherrschaft der UNO gemeinsam Möglichkeiten zu prüfen für konsequente Bemühungen auf hoher Ebene um die Begrenzung des Transfers konventioneller Rüstung jeglicher Art; dabei sollten die Souveränität und legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten respektiert werden und — wo immer dies möglich ist — regionale politische Initiativen und Vereinbarungen damit verbunden werden;
 - b) die Errichtung einer Datenbank der UNO zu befürworten, die jeden Rüstungstransfer registriert und überwacht, zu der alle Länder Zugang haben und die der Vertrauensbildung, insbesondere zwischen potentiellen Gegnern, dienen soll;
 - c) gemeinsam mit anderen Nuklearwaffenstaaten ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel weiterer Begrenzungen von Atomtests aufzunehmen;

Entschließung 217

betr. Luftinspektion

Die Versammlung,

1. *mit Freude* über die Unterzeichnung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) vom 19. November 1990;
2. *darüber hinaus* den Vorschlag von Präsident Bush vom 12. Mai 1989 *begrüßend*, daß alle 22 Mitgliedstaaten der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation einen Vertrag über die „Offenen Himmel“ abschließen sollten;
3. *Kenntnis nehmend* von der ausdrücklichen Absicht der Mitgliedstaaten der NATO, Luftinspektionen in die Verifikationsbestimmungen des KSE-Vertrags mitaufzunehmen;
4. *darüber hinaus Kenntnis nehmend* von der erklärten Bereitschaft der Mitgliedstaaten der NATO zum Abschluß eines Vertrags über die „Offenen Himmel“;
5. *besorgt darüber*, daß der KSE-Vertrag den Prozeß der Festlegung von Modalitäten für ein Regime der Luftinspektion auf spätere Verhandlungen hinausschiebt;
6. *ferner besorgt darüber*, daß bei den Verhandlungen über die „Offenen Himmel“ keine Fortschritte zu verzeichnen sind;
7. *sich dessen bewußt*, daß ähnliche Fragen die Verhandlungen über die KSE-Luftinspektion und die „Offenen Himmel“ beeinträchtigen;
8. *in der Erkenntnis*, daß allen Vertragsparteien beider Verhandlungsrunden ein kommerzieller Zugang zu den notwendigen Technologien ermöglicht werden kann;
9. *in der Überzeugung*, daß die Luftinspektion eine relativ kostengünstige und trotzdem wesentliche Ergänzungsmaßnahme zu Vor-Ort-Inspektionen für die Verifizierung des KSE-Vertrags ist;
10. *darüber hinaus in der Überzeugung*, daß ein Vertrag über die „Offenen Himmel“, der Europa, die Sowjetunion über das Gebiet des Uralgebirges hinaus und Nordamerika miteinschließt, eine wesentliche Ergänzungsmaßnahme zu den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Bereich vom Atlantik bis zum Ural darstellt;
11. *fordert* die Regierungen der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Versammlung auf:
 - a) unverzüglich ein effizientes Luftinspektionsabkommen abzuschließen, um dadurch eine wesentlich verstärkte Verifizierung des KSE-Vertrags zu erreichen und infolgedessen das Vertrauen in Europa auszubauen;
 - b) schnellstmöglichst einen Vertrag über die „Offenen Himmel“ abzuschließen, um das gegenseitige Vertrauen über den Bereich vom Atlantik bis zum Ural auszudehnen auf Nordamerika und den östlichen Teil der Sowjetunion.

Entschließung 218

betr. die Unterstützung von Reformen in Mittel- und Osteuropa

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis auf* ihre Entschließung 208 betr. die Unterstützung und Handhabung des Wandlungsprozesses in Europa, die von der Versammlung im Oktober 1989 auf ihrer Jahrestagung in Rom verabschiedet wurde;
2. *ermutigt* durch die in zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas schrittweise erzielten Fortschritte bei der Errichtung eines demokratischen Mehrparteiensystems und freier Marktwirtschaft;
3. *mit Genugtuung* insbesondere über die friedliche Revolution in der früheren DDR und das Zusammenschmelzen der beiden deutschen Staaten zu einem politischen und wirtschaftlichen Ganzen;
4. *in der Überzeugung*, daß eine Liberalisierung der Wirtschaft langfristig die Voraussetzung für eine stabile demokratische Entwicklung in allen Ländern Mittel- und Osteuropas und damit für die Stabilität der Region insgesamt ist;
5. *besorgt darüber*, daß unzureichend strikte und umfassende Wirtschaftsreformmaßnahmen die politische Stabilisierung beeinträchtigen könnten;
6. *feststellend*, daß diese Gefahr in der Sowjetunion besonders groß ist, wo gegenwärtig weitreichende und andauernde landesweite Diskussionen über den Übergang zur Marktwirtschaft und über einen neuen Unionsvertrag stattfinden. Dies ist jedoch auch eine konkrete Gefahr in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, die zusätzlich noch mit steigenden Energiepreisen infolge der Golfkrise und sinkenden sowjetischen Lieferungen ebenso rechnen müssen wie mit einem schwierigen Übergang zu einem Handel mit konvertierbaren Währungen;
7. *nachdrücklich hinweisend auf* die anhaltend starke wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder Mittel- und Osteuropas von der Sowjetunion und auf die bestehenden und auch möglicherweise positiven und regenerativen Auswirkungen der Reformen in der Sowjetunion auf diese Länder;
8. *darüber hinaus feststellend*, daß umfangreiche westliche Unterstützung und unternehmerisches Engagement solange begrenzt sein werden, wie konsequent und umfassend durchgeführte Wirtschaftsreformen in ganz Mittel- und Osteuropa in Verbindung mit angemessenen Veränderungen in der Infrastruktur und der Gesetzgebung nicht vollzogen sind;
9. *in Anerkennung* des Eintretens der NATO-Mitgliedstaaten für die Herbeiführung eines konstruktiven Wandels in Mittel- und Osteuropa, wie im Nordatlantikvertrag, im Harmel-Bericht und in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festgeschrieben und in der Londoner Erklärung der Staats- und Regie-

rungschefs der NATO-Länder vom 6. Juli 1990 bekräftigt;

10. *in Anerkennung* der verschiedenen von den westlichen Ländern bereits geleisteten Hilfsmaßnahmen, die entweder bilateral oder gemeinschaftlich durch Institutionen wie die Europäische Gemeinschaft, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank, den Pariser Club, die Gruppe der 24 und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführt wurden;
11. dennoch davon *überzeugt*, daß die westlichen Länder zur Anregung und Unterstützung der Reformen in Mittel- und Osteuropa mehr tun können und sollten;
12. *fordert* die Regierungen und Parlamente aller mittel- und osteuropäischen Länder einschließlich der Sowjetunion *dringend auf*, konsequente und umfassende Maßnahmen zur Liberalisierung ihrer Wirtschaft und zur Schaffung von Infrastrukturen und Rechtsinstrumenten zu verfolgen, welche westliche Unterstützung und Unternehmensbeteiligungen fördern;
13. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*, ihre Unterstützung für alle reformwilligen Länder Mittel- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion zu verstärken;
 - a) indem sie ihren Einfluß auf befreundete Staaten und internationale Organisationen dahin gehend geltend machen, daß soziale und wirtschaftliche Reformen in Mittel- und Osteuropa gefördert werden;
 - b) indem sie durch den IWF, die Weltbank und den Pariser Club auf eine finanzielle Stabilisierung dieser Region durch kurzfristige Zahlungsbilanzunterstützung, mittelfristige Kredite zur Strukturanpassung und Maßnahmen zur Schuldenerleichterung hinarbeiten;
 - c) indem sie alternative Formen gemeinsamer Finanzierung verfolgen, vorzugsweise solche Unterstützung, die die bereits sehr hohe Schuldenlast nicht weiter vergrößert, wie z. B. Vorzugskredite und -beihilfen;
 - d) indem sie direkte finanzielle Unterstützung gezielt für solche Initiativen sicherstellen, die den Wettbewerb fördern und neue Handelsmöglichkeiten eröffnen, wie z. B. die Gründung kleiner und mittelständischer Unternehmen, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe sowie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Verteilung der Agrarprodukte auf die gesamte Lebensmittelversorgungskette;
 - e) indem sie durch die Entwicklung von Ausbildungsprogrammen, technische Hilfe, Aufbau von Behörden und durch politischen Rat den Transfer von Wissen und Fachkenntnissen anregen;

- f) indem sie die technische Zusammenarbeit und den Handel zwischen Ost und West fördern, insbesondere in dem wichtigen Bereich des Umweltschutzes mit Hilfe u. a. spezieller Kooperationsprojekte, wie dem Regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa in Budapest und durch eine weitere Lockerung der im Rahmen des Koordinierungsausschusses für Multilaterale Exportkontrollen (COCOM) festgelegten Kontrollen für den Technologieexport;
- g) indem sie Modelle für Investitionen in den sowjetischen Energiesektor vorantreiben, um eine effizientere und umweltfreundlichere Produktion und einen stärkeren Export in Länder in Ost und West sicherzustellen;
- h) indem sie privatwirtschaftliche Aktivitäten und die Schaffung von Ost-West-Gemeinschaftsunternehmen fördern, u. a. durch Aktivierung von Handelskrediten, Einrichtung von Kapitalfonds für diese Vorhaben und die Schaffung von Investitionsversicherungsrastern;
- i) indem sie die Rolle der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung bei der Beteiligung und Vergabe von Krediten unterstützen, sowohl an Privatunternehmen als auch für Infrastruktur- und Umweltprojekte, die für den weiteren Ausbau des privaten Sektors erforderlich sind;
- j) indem sie die Integration Mittel- und Osteuropas in die Weltwirtschaft fördern durch eine weitere Rücknahme der westlichen Importbeschränkungen und die aktive Förderung einer Beteiligung des Ostens an internationalen Wirtschaftsorganisationen, wie GATT, IWF, Weltbank und OECD;
- k) indem sie die Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der Koordinierung der westlichen Unterstützung für Mittel- und Osteuropa politisch und materiell unterstützen, die Einbeziehung der Sowjetunion in diese gemeinsamen Unterstützungsbemühungen fördern und die zügige Erarbeitung von Assoziierungsabkommen zwischen der EG und den mittel- und osteuropäischen Ländern ermutigen, die schließlich auf eine volle Beteiligung an einem erweiterten „Europäischen Wirtschaftsraum“ abzielen;
- l) indem sie soweit wie möglich den Rahmen der 34 Staaten umfassenden Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für den Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Konvergenz nutzen und dabei auf den marktwirtschaftlichen Prinzipien, die von allen KSZE-Mitgliedstaaten auf der KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit im März/April 1990 in Bonn angenommen und in der Charta von Paris für ein neues Europa im November 1990 bekräftigt wurden, aufbauen und diese als Kriterium verwenden.

betr. die nächsten Schritte im Hinblick auf Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die Versammlung,

1. *in der Erkenntnis*, daß die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas den wichtigsten Einschnitt in der Geschichte des europäischen Kontinents seit 1945 darstellt;
2. *die Tatsache begrüßend*, daß Europa aus dem Schatten des Kalten Kriegs heraustritt und daß dadurch produktive Kräfte freigesetzt werden, die zum politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses durch den Kommunismus verwüsteten Teils von Europa beitragen werden;
3. *in der Überzeugung*, daß die Sicherheit in Europa infolge der neuen politischen Situation zukünftig nicht nur auf der Abschreckung, sondern auch ganz besonders auf Vertrauensbildung und Zusammenarbeit beruhen wird;
4. *mit Beifall Kenntnis nehmend* von dem ständigen Bemühen der NATO um die Schaffung politisch verbindlicher, militärisch relevanter und verifizierbarer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, deren Bedeutung besonders in Mittel-, Ost- und Südeuropa zunimmt;
5. die Entstehung neuer Muster regionaler Zusammenarbeit, wie z. B. die bereits bestehende Alpen-Adria-Gemeinschaft und die Balkan-Zusammenarbeit, sowie den Bericht des Treffens über den Mittelmeerraum in Palma de Mallorca als einen Beitrag für die Durchsetzung der Prinzipien des KSZE-Prozesses *begrüßend*;
6. *in Erwartung* einer konkreten Ausarbeitung der zukünftigen Ziele des Bündnisses, die in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO vom 6. Juli 1990 festgelegt wurden;
7. *in der Erkenntnis*, daß die Verstärkung der Wirtschaftshilfe für die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa ein unentbehrlicher Stabilitätsfaktor in ganz Europa sein wird.

beschließt:

8. Das Atlantische Bündnis, die Wertegemeinschaft zwischen den Demokratien Westeuropas und Nordamerikas, hat sich bewährt. Das Bündnis bleibt der Kern der Sicherheits- und der Außenpolitik seiner Mitgliedstaaten. Die NATO wird weiterhin der Garant unserer Sicherheit sowie der entscheidende Eckstein für die künftige Architektur der europäischen Sicherheit sein.
9. In diesem Zusammenhang kommt der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eine besondere und unentbehrliche Rolle zu. Obwohl sie die NATO, die die einzig funktionierende Sicherheitsorganisation in Europa ist, nicht ersetzen kann, muß sich die KSZE von einer lockeren Absichtsgemeinschaft zu einem Forum für breit angelegten politischen Dialog im zusam-

menwachsenden Europa entwickeln. Die von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem Gipfel vom 5. — 6. Juli 1990 in London unterbreiteten Vorschläge im Hinblick auf eine Institutionalisierung der KSZE dienen der Konkretisierung sowie der Realisierung dieses Projekts. Diese Vorschläge lauten wie folgt:

- a) ein Programm für regelmäßige Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten, mindestens einmal im Jahr, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs oder der Minister, wobei weitere regelmäßige Treffen von Beamten diese Konsultationen vor- und nachbereiten sollen;
 - b) ein Zeitplan für KSZE-Folgetreffen alle zwei Jahre, um die Fortschritte in Richtung auf das eine und freie Europa zu bewerten;
 - c) ein kleines KSZE-Sekretariat, um diese Treffen und Konferenzen zu koordinieren;
 - d) ein KSZE-Mechanismus, um Wahlen in den KSZE-Staaten auf der Grundlage des Kopenhagener Dokuments zu beobachten;
 - e) ein KSZE-Zentrum für Konfliktverhütung, das als Forum dienen könnte zum Austausch militärischer Informationen, zur Diskussion ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten sowie zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen KSZE-Mitgliedstaaten; und
 - f) ein parlamentarisches KSZE-Gremium.
10. Die Nordatlantische Versammlung nimmt diese Entwicklungen nachdrücklich zur Kenntnis und fordert die Mitgliedsregierungen auf, deren Implementierung auf dem nächsten KSZE-Treffen 1992 in Helsinki zu bewerten. Die Versammlung verweist ebenfalls auf ihre Rolle bei der Aufnahme von Beziehungen zu den Parlamenten der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und insbesondere auf die Pionierrolle des Politischen Ausschusses und bemüht sich um die Aufnahme möglichst enger Beziehungen zu allen derzeitigen Mitgliedsstaaten der Warschauer Vertragsorganisation.
 11. Gleichzeitig könnte es sich jedoch als erforderlich erweisen, daß über die Schaffung neuer Institutionen hinaus Schritte zur Verhinderung und Bewältigung von Konflikten eingeleitet werden müssen, die in der Zeit nach dem Kalten Krieg entstehen könnten. Daher sollten zusätzlich zu den Ergebnissen der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen für alle 34 KSZE-Teilnehmerstaaten ausgehandelt werden und vor 1992 in Kraft treten.
 12. Folglich fordert die Nordatlantische Versammlung die Regierungen der KSZE-Teilnehmerstaaten *dringend auf*:
 - a) Notstandsmechanismen für die Einberufung von Treffen hochrangiger Beamter einzuführen, wie es im Grundsatz auf dem Pariser KSZE-Gipfel vereinbart wurde;

- b) den Anwendungsbereich der gegenwärtigen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) auf Einschränkungen militärischer Aktivitäten auszudehnen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der am 12. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossene Vertrag über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vorsieht, daß auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine militärische Aktivität sowjetischer Truppen oberhalb einer Gesamtstärke von 13 000 Mann stattfinden darf und daß diese Einschränkung ebenfalls auf die Aktivitäten der NATO-Streitkräfte im Gebiet der ehemaligen DDR anzuwenden ist, wie es Artikel 5 des am 12. September 1990 geschlossenen Vertrags über die abschließende Regelung der deutschen Frage vorsieht;
- c) zu untersuchen, ob das Recht, „ungewöhnliche“ militärische Aktivitäten in Frage zu stellen, auf Aktivitäten ausgedehnt werden sollte, die nicht von den aktiven konventionellen Streitkräften durchgeführt werden;
- d) die Untersuchung bilateraler Maßnahmen fortzusetzen, die auf die Bedürfnisse bestimmter Regionen Europas, insbesondere der Grenzgebiete, zugeschnitten sind und konkrete Verpflichtungen zur Unterlassung provozierenden militärischen Verhaltens enthalten, wie es am 25. Mai 1990 von der Republik Ungarn sowie der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vorgeschlagen wurde;
- e) die Ausnahmen, die vom Vorankündigungsregime für militärische Aktivitäten im Hinblick auf gewisse „Alarmbereitschaftsübungen“ vorgesehen sind, abzuschaffen oder noch weiter einzuschränken in Anbetracht der erheblich längeren Vorwarnzeit, über die das Bündnis verfügt, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Aufrechterhaltung solcher Ausnahmen die Situation in Krisenzeiten verschlechtern könnte;
- f) die Grenzen der militärischen Transparenz in allen Bereichen der Streitkräfte weiterhin auszubauen;
- g) zu überprüfen, ob die Grenzwerte im Hinblick auf die Ankündigung oder andere Forderungen wesentlich heruntergesetzt werden sollten in Anbetracht der verminderten Übungsnotwendigkeit und ob Verhandlungen über neue Arten militärischer Aktivität aufgenommen werden sollten, wie z. B. Mobilisierung, Stabsrahmenübungen oder die Verlegung der Streitkräfte über vereinbarte Entfernungen hinaus und jenseits der internationalen Grenzen;
- h) die Parlamentarier direkter in die Aktivitäten der KSZE einzubeziehen, z. B. indem man sie an den Seminaren der KSZE über die Militärdoktrin und an den Beobachtungen und Inspektionen militärischer Aktivitäten beteiligt;

- i) in Anbetracht der Tatsache, daß Angelegenheiten außerhalb der VSBM nicht in den Zuständigkeitsbereich des Konfliktverhütungszentrums fallen, das vom 15. Januar bis 8. Februar 1991 in La Valetta veranstaltete KSZE-Expertentreffen zu nutzen, um zusätzliche Methoden zur Förderung einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu untersuchen, einschließlich der Einführung von Mechanismen, die bei allen Streitigkeiten in Verbindung mit der KSZE die Hinzuziehung eines Vermittlers vorschreiben.

Entschliebung 220

betr. den Abbau der Ozonschicht und weltweite Klimaänderungen

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis auf* ihr seit über 20 Jahren bestehendes ständiges Interesse an Umweltproblemen, die durch den Abbau der Ozonschicht, den sauren Regen und den Treibhauseffekt verursacht werden;
2. *ferner unter Hinweis auf* die von der Versammlung im Jahr 1989 verabschiedete Empfehlung 212 betr. die Verschmutzung der Atmosphäre, in der weitere Maßnahmen gefordert werden, um dem Abbau der Ozonschicht Einhalt zu gebieten und Reduzierungen des Ausstoßes von Treibhausgasen zu erreichen;
3. *sich des Ausmaßes des Ozonabbaus über der Arktis sowie wissenschaftlicher Erkenntnisse bewußt*, die einen Ozonabbau über der Arktis und eine generelle Ozonabnahme in der globalen Stratosphäre belegen;
4. *in der Erkenntnis*, daß durch die Ozonabnahme vermehrte schädliche UV-Strahlen in die Atmosphäre gelangen, welche negative Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen, auf die Tierwelt und auf aquatische und terrestrische Lebewesen haben;
5. *mit Lob für* die Vereinten Nationen für umgehendes Handeln und Ausarbeitung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen; und
6. die von den Unterzeichnerstaaten des Montrealer Protokolls auf späteren Überprüfungskonferenzen ergriffenen Maßnahmen zur Verschärfung der Regelungen des Protokolls *begrüßend*;
7. *mit Beifall Kenntnis nehmend*, insbesondere von der Vereinbarung, Mittel für die Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen, um zu gewährleisten, daß das wirtschaftliche Wachstum in diesen Ländern nicht durch Maßnahmen zur Bekämpfung des Ozonabbaus beeinträchtigt wird; aber
8. *in Anbetracht dessen*, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen zur umfassenden Bewältigung des Problems des Ozonabbaus und daß derzeitige teilhalogenierte FCKW-Ersatzstoffe für

vollhalogenierte FCKWs im gewissen Maße ozonzerstörend sind und wesentlich zum Treibhauseffekt beitragen, und daher

9. *in der Überzeugung*, daß die teilhalogenierten FCKWs zwar als Zwischenlösung angesehen werden können, aber dennoch durch ozonunschädliche Substanzen ersetzt werden müssen;
10. die Anstrengungen zur beschleunigten Beseitigung ozonabbauender Chemikalien und die Suche nach völlig unschädlichen Ersatzstoffen für ozonabbauende Substanzen *begrüßend*;
11. *mit Lob* für die Anstrengungen des Intergovernmentalen Ausschusses über Klimaveränderungen der Vereinten Nationen, eine eingehende Bewertung möglicher durch die Konzentration von Treibhausgasen entstehender Klimaänderungen vorzunehmen;
12. *sich dessen bewußt*, daß weitere Arbeiten erfolgen müssen zur Feststellung der finanziellen Kosten und des Nutzens zahlreicher möglicher Verfahren zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen; aber
13. *zu der Überzeugung gelangt*, daß genügend alarmierende wissenschaftliche Erkenntnisse über die globale Erwärmung vorliegen und daß die möglichen Auswirkungen der Erderwärmung so schwerwiegend sind, daß unverzügliches Handeln erforderlich ist;
14. *in der Erkenntnis*, daß die Industriestaaten in erster Linie für die in der Vergangenheit und derzeit festgestellte Konzentration von Treibhausgasen verantwortlich sind, daß aber der diesbezügliche Anteil der Entwicklungsländer infolge der demographischen Entwicklungen und des wirtschaftlichen Wachstums beträchtlich steigen wird, und deshalb
15. *in der Überzeugung*, daß die Industriestaaten unverzüglich durch die Festlegung von Grenzwerten für den Ausstoß von Treibhausgasen und durch die Ausarbeitung angemessener Hilfsprogramme ein Beispiel geben müssen, damit die Entwicklungsländer eine Begrenzung ihrer Emissionen ohne Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums vornehmen können;
16. *in der Erkenntnis*, daß einige Maßnahmen zur Bewältigung der Klimaänderungen sehr kostenaufwendig sein werden, aber
17. *in der Überzeugung*, daß beträchtliche Fortschritte mit relativ niedrigen Kosten, insbesondere im Bereich der Energieeffizienz, zu erreichen sind;
18. *in der Überzeugung*, daß eine Überwachung und jährliche Berichterstattung über die bei der Bekämpfung des Ozonabbaus und der globalen Erwärmung erzielten Erfolge notwendig ist;
19. *ersucht* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend*:

- a) den Termin für den Ausstieg aus Produktion und Verbrauch von FCKWs und Halonen auf 1997 vorzuverlegen, außer in solchen Fällen, wo eine Nutzung für äußerst wichtige medizinische Zwecke und für eine spezielle Brandbekämpfung vorliegt;
- b) sich über die notwendige wissenschaftliche Forschung und Entwicklung im Hinblick auf Ersatzstoffe für ozonunschädliche FCKWs und Halone zu verständigen;
- c) sich unverzüglich zu verpflichten, bis zum Jahre 2000 den Ausstoß von Treibhausgasen auf dem jeweiligen nationalen Stand von 1990 einzufrieren;
- d) alle neuen oder weiteren wissenschaftliche Erkenntnisse zu prüfen, damit gegebenenfalls Maßnahmen zur Einführung noch strikterer Grenzwerte und Fristen zur Eindämmung des Treibhauseffektes ergriffen werden können;
- e) Verfahren zu untersuchen, einschließlich handelbarer Emissionslizenzen, zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Festlegung von Grenzwerten für den Ausstoß von Treibhausgasen;
- f) erweiterte Forschungsprogramme über die mit der Ozonabnahme und der Klimaänderung verbundenen Phänomene zu unterstützen.

Entschließung 221

betr. die Umweltverschmutzung in der Sowjetunion und in Osteuropa

Die Versammlung,

1. *besorgt* über die starke Umweltverschmutzung in der Sowjetunion und in Osteuropa;
2. *zutiefst beunruhigt* über das Ausmaß der in diesen Regionen zu verzeichnenden Umweltschäden und über die damit verbundenen Gefahren für die Gesundheit des Menschen; und
3. *besorgt* über die Tatsache, daß die Umweltverschmutzung in der Sowjetunion und in Osteuropa ebenfalls Auswirkungen auf die benachbarten Regionen, die Meere und die Umwelt allgemein hat;
4. die Anstrengungen *begrüßend*, mit denen der Westen zur Reduzierung der Verschmutzung und zur Sanierung verschmutzter Gebiete beitragen möchte;
5. *in Anerkennung* der Tatsache, daß Wirtschaftshilfe und die Modernisierung der Wirtschaft in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern ebenfalls zur Reduzierung von Schadstoffemissionen beitragen werden;
6. *in der Überzeugung*, daß die westliche Hilfe zur Reduzierung der Umweltverschmutzung in der Sowjetunion und in Osteuropa das Ergebnis humanitärer Erwägungen ist, zur Festigung engerer politischer Beziehungen zwischen Ost und West beitra-

gen und dem Westen in umwelt- und wirtschaftspolitischer Hinsicht zugute kommen wird;

7. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*,

- a) eine Untersuchung der bestehenden Wirtschafts- und Umwelthilfeprogramme für die Sowjetunion und Osteuropa vorzunehmen, um deren gesamte Auswirkungen auf die Umwelt festzustellen und aufzuzeigen, ob die Wirtschaftshilfe auf Gebiete konzentriert werden könnte, in denen im Bereich des Umweltschutzes besondere Erfolge zu erwarten sind;
- b) die westlichen Umweltschutzprogramme zu analysieren und diejenigen Bereiche herauszustellen, in denen die Mittel für Umweltprojekte im Osten am kostenwirksamsten eingesetzt werden könnten;
- c) eine Ministerkonferenz unter Beteiligung der entsprechenden Minister der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation zu organisieren mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer Neu festsetzung der Ausgaben im Umweltbereich zu untersuchen, um die Hauptprobleme der Umweltverschmutzung, wie z. B. saurer Regen und Verschmutzung von Flüssen und Meeren, auf möglichst kosteneffiziente Basis zu bewältigen.

EntschlieÙung 222

betr. den KSE-Vertrag

Die Versammlung,

1. *mit Freude* über die Unterzeichnung des KSE-Vertrags als einem historischen Durchbruch, der durch die Verringerung, Begrenzung und Überwachung der konventionellen Streitkräfte in Europa in einem Transparenz und Berechenbarkeit gewährleistenden Rahmen eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines stabileren und sicheren Europas darstellt;
2. *in Anerkennung* der Bedeutung und der Komplexität der Vertragsbestimmungen, die auf eine Gewährleistung der Vertragseinhaltung gerichtet sind, besonders jene Maßnahmen, die den Informationsaustausch und die Verifizierung betreffen;
3. *in der Überzeugung*, daß die Verifikationsbestimmungen des Vertrags eine möglichst enge Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses verlangen, um eine im höchsten Maße kosteneffiziente Nutzung der Bündnisressourcen sicherzustellen;
4. *unter Betonung*, wie wichtig es ist, daß der Vertrag so schnell wie möglich in Kraft tritt und daß dieses Inkrafttreten erst nach der Ratifizierung des Vertrags durch alle nationalen Parlamente erfolgen kann;
5. *in der Erkenntnis* jedoch, daß die Bedeutung des dem KSE-Vertrag zugrundeliegenden konzeptionellen Ansatzes, d. h. Parität zwischen beiden

Bündnissen, auf die Zeit der Vertragsdurchführung begrenzt sein wird und daß viele Staaten bereits Verringerungen der Streitkräftestärke planen, die unterhalb der im KSE-Rahmen vereinbarten Obergrenzen liegen;

6. *trotzdem betonend*, wie wichtig es ist, Begrenzungen der Streitkräftestärke zu erreichen und einen formellen Rüstungskontrollrahmen beizubehalten, innerhalb dessen weitere Begrenzungen und Verringerungen der konventionellen Streitkräfte in Europa nach festen Regeln durchgeführt werden, womit Stabilität und Sicherheit sichergestellt werden;
7. *ebenfalls betonend*, wie wichtig es für die NATO ist, sicherzustellen, daß alle Verringerungen und zukünftigen Streitkräfteplanungen in Einklang mit den jetzt in Betracht gezogenen Militärstrategien stehen und diese widerspiegeln;
8. *fordert* die Regierungen der Mitgliedstaaten des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) bei der Durchführung der Verifikationsbestimmungen des KSE-Vertrags eine möglichst enge Zusammenarbeit sicherzustellen, um eine strikte Vertragsbeachtung zu gewährleisten, die jede Vertragsumgehung ausschließt;
 - b) ein Konzept für weitere Verhandlungen zu entwickeln, welches mit den politischen Realitäten und mit der Ausarbeitung einer neuen NATO-Strategie übereinstimmt;
9. *fordert* die Parlamente der Mitgliedstaaten des Bündnisses *dringend auf*:

den KSE-Vertrag zu ratifizieren, um sein schnellstmögliches Inkrafttreten zu gewährleisten.

EntschlieÙung 223

**betr. die Schaffung einer Versammlung von
Parlamentariern aus den Mitgliedstaaten der KSZE**

Die Versammlung,

1. *entschlossen*, die Herbeiführung einer erfolgreichen parlamentarischen Demokratie in allen Staaten Europas zu fördern und eine wirksame Zusammenarbeit zwischen diesen Demokratien, die sich um gemeinsame Sicherheit und eine auf Gerechtigkeit und Wohlstand gerichtete Gesellschaft bemühen, zu entwickeln;
2. *erklärend*, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses den mittel- und osteuropäischen Staaten bei deren Bemühungen um die Errichtung von Institutionen einer auf der freien Marktwirtschaft beruhenden Demokratie jede nur mögliche Unterstützung zukommen lassen sollten;
3. *davon überzeugt*, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch ihren systematischen Gedankenaustausch und die Bekräftigung der demokratischen Prinzipien im außerordentlichen Maße dazu beigetragen hat, die ideologische und militärische Konfrontation in Eu-

ropa zu überwinden und einen auf gemeinsamen Werten beruhenden sicheren Frieden herbeizuführen;

4. die Empfehlung der Regierungen der KSZE-Mitgliedstaaten *begrüßend*, daß eine interparlamentarische Versammlung geschaffen werden soll, um derartige Ziele durch die Erleichterung eines direkten Dialogs zwischen den Parlamentariern aus den KSZE-Mitgliedstaaten weiter zu fördern;
5. *unter Hinweis darauf*, daß die Nordatlantische Versammlung:

- a) den Parlamentariern Europas und Nordamerikas seit 35 Jahren als ein von den Mitgliedsparlamenten eingesetztes und organisiertes Forum für regelmäßige Diskussionen über Fragen der Sicherheit und der Entwicklung demokratischer Gesellschaften dient;
- b) sich den Ruf einer äußerst effizienten interparlamentarischen Organisation geschaffen hat, deren Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und guten Verhältnis zwischen den Teilnehmerstaaten große Anerkennung gefunden hat;
- c) sich in den vergangenen zwei Jahren um den Ausbau der Beziehungen zu den neuen Parlamenten in Mittel- und Osteuropa bemüht hat und sich unablässig dafür eingesetzt hat, diesen Kontakten einen offiziellen Charakter zu verleihen, z. B. durch Gewährung des assoziierten Delegationsstatus;

6. *in der Überzeugung*, daß die Versammlung der KSZE-Parlamentarier als gemeinsames Forum genutzt werden sollte, von dem aus die Parlamentarier aus den europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten und von Kanada zu einer neuen gemeinsamen Zukunft aufbrechen können auf der Grundlage der sie alle verbindenden Prinzipien, wobei Sicherheit und Fortschritt an erster Stelle stehen sollten;
7. dem spanischen Parlament *dankend* für seine vorausschauende Haltung in Form des Vorschlags, im Frühjahr 1991 Gastgeber der interparlamentarischen Diskussion zu sein, um dadurch den Ausbau solcher Aktivitäten zu erleichtern;

beschließt, daß:

8. die Nordatlantische Versammlung

- a) weiterhin für die Parlamentarier das Hauptforum für die Erörterung von Fragen in bezug auf Sicherheit und Entwicklung demokratischer Gesellschaften sein sollte;
- b) ferner alle geeigneten Maßnahmen ergreifen sollte, um gewählte Parlamentarier aus Mittel- und Osteuropa sowie aus anderen demokratischen Staaten an den Arbeiten und Beratungen der Versammlung zu beteiligen; und
- c) eine Erweiterung des Status der assoziierten Mitgliedschaft auf die frei gewählten Parlamente Mittel- und Osteuropas prüfen sollte;

9. die Parlamente der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Versammlung sollten sich dafür einsetzen,

den Beziehungen zwischen den Parlamenten der KSZE-Mitgliedstaaten einen offiziellen Charakter zu verleihen, indem sie hochrangige Vertreter für die Teilnahme an den interparlamentarischen Diskussionen, einschließlich an jenen Debatten, die auf Einladung des spanischen Parlaments über die Aufnahme und die Vertiefung solcher Beziehungen stattfinden werden, benennen.

Entschliebung 224

betr. „Neue regionale Zuständigkeiten für ein Bündnis im Wandel?“

Die Versammlung,

1. *in Anerkennung* der unerläßlichen Rolle der NATO bei der Erhaltung von Frieden in Europa und der Erleichterung der dramatischen Veränderungen im vergangenen Jahr, einschließlich der Vereinigung Deutschlands unter Beibehaltung seiner vollen Mitgliedschaft in der NATO;
2. *in der Überzeugung*, daß die NATO weiterhin eine wesentliche Rolle bei der Erhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa spielen wird;
3. alle Anstrengungen *begrüßend*, die auf eine Definition der Identität und der Rolle des europäischen Pfeilers im Bündnis als Mittel zur Stärkung der NATO und Ausrichtung ihrer Rolle auf die zukünftigen Aufgaben gerichtet sind;
4. *besorgt darüber*, daß zukünftige Bedrohungen der gemeinsamen Sicherheit sich aus regionaler Instabilität sowohl innerhalb wie auch außerhalb Europas und ebenso sehr aus nicht-militärischen wie militärischen Faktoren ergeben können, und
5. *daher in der Erkenntnis*, daß zukünftige Bedrohungen der Sicherheit der NATO eine weitergehendere Auslegung der Begriffe „Sicherheit und regionale Zuständigkeit“ erforderlich machen können;
6. in diesem Zusammenhang die Entschlossenheit der Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten *begrüßend*, weitere kooperative Sicherheitsmaßnahmen zu verfolgen, Verteidigungskonzepte und -strukturen zu prüfen und dem KSZE-Prozeß, wie in der Londoner Erklärung der NATO vom 6. Juli 1990 festgelegt, noch größere Bedeutung beizumessen;
7. *in der Hoffnung*, daß ein ähnlicher Prozeß wie der der KSZE in der Mittelmeerregion gefördert werden kann;
8. *in Anerkennung* der schwerwiegenden und dringenden Probleme, denen sich die derzeitigen Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisationen, nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, sondern auch bei der Gewährleistung der eigenen Sicherheit in einer grundlegend veränderten europäischen Ordnung gegenübersehen;

9. *entschlossen*, als parlamentarischer Arm der NATO eine konstruktive Rolle durch die Verkörperung eines Sicherheit gewährleistenden Elements für die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und durch den Ausbau kooperativer Sicherheit in Europa zu übernehmen;
10. *in der Feststellung*, daß die Sicherheit der NATO durch außerhalb der in Artikel 6 des Nordatlantikvertrags festgelegten Region entstehende Bedrohungen gefährdet werden kann, insbesondere durch die Weitergabe ballistischer Flugkörper und nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, wodurch Staaten die Möglichkeit erhalten, die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten direkt zu bedrohen, wie die derzeitige Golfkrise zeigt;
11. *feststellend*, daß der Nordatlantikvertrag gemeinsame Aktionen zur Abschreckung und Abwehr von Bedrohungen der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit und Sicherheit der Vertragsparteien nicht ausschließt;
12. *unter Verurteilung* der irakischen Aggression gegen Kuwait und eine umfassende und unverzügliche Befolgung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, die in jedem Fall durchgeführt werden sollten, *fordernd*;
13. die von den NATO-Mitgliedstaaten unternommenen Anstrengungen zur Abstimmung der Aktionen der einzelnen Verbündeten bei der Durchsetzung dieser Resolutionen *begrüßend*;
14. *entschlossen*, alle weiteren vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für notwendig erachteten Maßnahmen zu unterstützen, mit denen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit Kuwaits wiederhergestellt werden soll, einschließlich aller in Artikel 42 der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Maßnahmen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Bündnisses dringend auf,
15. den offenen Charakter des Atlantischen Bündnisses dadurch zu bekräftigen, daß sie die derzeitigen Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisation durch die Verfolgung zusätzlicher Maßnahmen der kooperativen Sicherheit ermutigt, sich auf die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme zu konzentrieren, wobei zu diesen Maßnahmen gehören sollten:
 - a) die Erleichterung möglichst enger Formen der Assoziierung mit der NATO, einschließlich der Teilnahme von Vertretern der derzeitigen Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisation an bestimmten Treffen des Nordatlantiks oder anderen geeigneten NATO-Gremien, um dem Verfahren regelmäßiger diplomatischer Verbindungen, das mit der Londoner Erklärung der NATO vom 6. Juli 1990 festgelegt wurde, größeres Gewicht zu verleihen;
 - b) Verhandlungen über weitere Reduzierungen der nuklearen und konventionellen Streitkräfte;
 - c) Bereitstellung jeder nur möglichen Unterstützung für die Regierungen und Parlamente der derzeitigen Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisation bei deren Bemühungen, Wirtschaftsreformen, Rüstungskonversion und Umstrukturierung ihrer Streitkräfte durchzuführen, und
 - d) im Rahmen der KSZE, Beiträge zur Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems, das alle europäischen Staaten einbezieht, damit es zu einer Auflösung der alten Trennlinien kommt;
16. die zukünftigen Aufgaben des Bündnisses, die über die in der Londoner Erklärung vom 6. Juli 1990 festgelegten Aufgaben hinausgehen, festzulegen, darunter:
 - a) die Gewährleistung, daß die derzeitige Überprüfung der zukünftigen Rolle der NATO eine weitreichende strategische Einschätzung der Entwicklungen umfaßt, die die Sicherheit der NATO, einschließlich der wirtschaftlichen Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten, gefährden könnten, und
 - b) die Anweisung an den Obersten Alliierten Befehlshaber, Europa, angemessene Notstandspläne auszuarbeiten;*beschließt,*
17. alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Parlamente der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu unterstützen, u. a. durch folgende Maßnahmen:
 - a) ab sofort Schaffung des Status von „assoziierten Delegationen“ für die Parlamente dieser Staaten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiver an der Arbeit und den Beratungen der Versammlung zu beteiligen;
 - b) Veranstaltung regelmäßiger Treffen, besonders im Kontext der Europäisch-Atlantischen parlamentarischen Roundtable-Gespräche;
 - c) Veranstaltung spezieller Seminare über legislative Kontrolle und Verfahren, unter besonderer Hervorhebung sicherheitsbezogener Fragen, wie zum Beispiel Verteidigungshaushalte und Streitkräfte;
 - d) Beteiligung der Parlamentarier Mittel- und Osteuropas an den Arbeiten der Ausschüsse und Unterausschüsse;
 - e) Förderung des freien Unternehmertums und der Solidarität sowie von Kontakten und Meinungsaustausch zwischen hochrangigen Mitarbeitern und Aufnahme von wissenschaftlichen Assistenten aus Mittel- und Osteuropa im Internationalen Sekretariat für Studienaufenthalte;
 - f) bei der Festlegung der zukünftigen Aufgaben der NATO, Berücksichtigung der wichtigen Erfolge, die in der KSZE als politischem Rahmen zur Stärkung von Stabilität unter den europäischen Staaten bereits erzielt wurden.